## 17. Wahlperiode



## Plenarprotokoll 17/4

## 4. Sitzung

## Mittwoch, den 22.06.2016

# Mainz in der Steinhalle des Landesmuseums

AKTUELLE DEBATTE	94	Abg. Thomas Roth, FDP:	114
Versäumnisse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die negativen Aus-		GRÜNEN:	114 116
wirkungen auf das Land und die Kommu-		Abg. Matthias Joa, AfD:	117
nen auf Antrag der Fraktion der SPD		Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN:	117
- Drucksache 17/172	94		
Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD:	94	Die Aktuelle Debatte wird dreigeteilt. Jeweils Aussprache gemäß § 101 der Vorläufi-	
Abg. Matthias Lammert, CDU:	95	gen Geschäftsordnung des Landtags	118
Abg. Joachim Paul, AfD:	96	Was day do a disasta wall as	446
Abg. Monika Becker, FDP:	97	Vom Landtag vorzunehmende Wahlen	118
NEN:	98	a) Wahl von Mitgliedern des Landesjugend-	
Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen,		hilfeausschusses	
Jugend, Integration und Verbraucherschutz:	99	Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Hahn-Verkauf kostet Millionen – Folgen für		- Drucksache 17/190	118
Region und Mitarbeiter ungewiss		Fination with Annahum des Mahlumahlam	
auf Antrag der Fraktion der CDU		Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags – Drucksache 17/190 –	118
– Drucksache 17/179 –	100		
Abg. Julia Klöckner, CDU:	100, 107	b) Wahl von Mitgliedern des Landtags in	
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	101, 108	die Datenschutzkommission beim Landes- beauftragten für den Datenschutz und die	
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	102, 109	Informationsfreiheit	
Abg. Thomas Roth, FDP:	103	Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU,	
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	105	AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN	
Roger Lewentz, Minister des Innern und für	100	– Drucksache 17/191 –	118
Sport:	106	   Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags –	
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-		Drucksache 17/191 –	118
NEN:	109	a) Wald was Mitaliadays das Kuyatayiyas	
Verschobene Abstimmung im Bundesrat		c) Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung	
über die Erweiterung der Sicheren Her-		Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU,	
kunftsstaaten um Algerien, Tunesien und		AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Marokko; Abstimmungsverhalten der Landesregierung von Rheinland-Pfalz		– Drucksache 17/192 –	118
auf Antrag der Fraktion der AfD		   Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags –	
– Drucksache 17/142 –	110	Drucksache 17/192 –	118
Abg. Uwe Junge, AfD:	110	d) Wahl von Mitgliedern des Landtags in	
Abg. Martin Haller, SPD:	111	das Kuratorium der "Stiftung Rheinland-	
Abg. Adolf Kessel, CDU:	112, 116	Pfalz für Kultur"	

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/193 –		i) Wahl einer Vertreterin oder eines Vertre- ters des Landtags Rheinland-Pfalz in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks	
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU  – Drucksache 17/194 –	119	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU  - Drucksache 17/201	119
Jeweils einstimmige Annahme der Wahlvor- schläge – Drucksachen 17/193/194 –	119	Abgesetzt	119
e) Wahl von Mitgliedern des Verwaltungs- rats der Wiederaufbaukasse Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/195 –		Landesgesetz über den Zusam- menschluss der Verbandsgemeinden Glan- Münchweiler, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU,	
Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/196 –		FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  - Drucksache 17/137 -  Erste Beratung	119
Wahlvorschlag der Fraktion der FDP – Drucksache 17/197 –		Abg. Jochen Hartloff, SPD:	119 120
Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/198 –	119	Abg. Iris Nieland, AfD:	122, 125 123
Jeweils einstimmige Annahme der Wahlvor- schläge – Drucksachen 17/195/196/197/198 –.	119	GRÜNEN: Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:	123 124
f) Wahl von Mitgliedern des Landtags in die Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/199 neu –	119	Überweisung des Gesetzentwurfs – Druck- sache 17/137 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.  Landesgesetz über den freiwilligen Zusam- menschluss der Stadt Ingelheim am Rhein	125
Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags – Drucksache 17/199 (neu) –	119	und der Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein mit ihren Ortsgemeinden Heides- heim am Rhein und Wackernheim	
g) Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landes Rheinland-Pfalz in den Aus- schuss der Regionen der Europäischen Ge-	110	Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/138 –  Erste Beratung	125
Mercentzt	119 119	Abg. Nina Klinkel, SPD:	125
Abgesetzt	119	Abg. Dorothea Schäfer, CDU:	126 127
und stellvertretenden Mitglieds des "Kon-		Abg. Jürgen Klein, AfD:	127
gresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat (KGRE)" für die elfte		Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	128
Amtszeit 2016 bis 2020 Wahlvorschlag der Fraktion der SPD		Sport:	129
– Drucksache 17/200 –	119	Überweisung des Gesetzentwurfs – Druck-	
Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags – Drucksache 17/200 –	119	sache 17/138 – an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss.	130

#### Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

#### Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

# 4. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 22.06.2016

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

#### Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zur 4. Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags begrüßen.

Schriftführende Abgeordnete sind der Kollege Nico Steinbach und die Kollegin Dr. Susanne Ganster.

Entschuldigt sind Herr Staatssekretär David Langner für heute Nachmittag und Herr Staatssekretär Dr. Stephan Weinberg ab 16:00 Uhr wegen eines Termins in Berlin.

Frau Abgeordnete Anke Beilstein hatte am 6. Juni einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Ich darf darauf hinweisen, dass nach dem Ende der Plenarsitzung ein Foto aller weiblichen Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags gemacht wird. Wer fotografiert werden möchte, verbleibt im Plenarsaal. Nähere Einzelheiten werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitteilen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung eröffne, möchte ich noch ein paar Worte an Sie, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, richten. In meiner Antrittsrede habe ich bereits darauf hingewiesen, wie wichtig aus meiner Sicht die Debattenkultur des Landtags ist. Daran wird der Landtag gemessen. Daran werden wir alle gemessen.

Unsere Aufgabe ist es, im gegenseitigen Respekt in der Sache um die bestmögliche politische Lösung zu ringen. Dies kann und soll nicht frei von Konflikten geschehen. Der politische Streit ist wichtig; denn nur durch einen streitigen Diskurs kommt man in der Sache voran. Dieser Diskurs muss aber sachlich geführt werden und sollte von gegenseitigem Respekt geprägt sein.

Dieses Parlament hat eine Vorbildfunktion. Es wird nicht nur von Schülergruppen besucht, die die Sitzungen dieses Hauses als Gast verfolgen können, sondern unser Umgang miteinander wird von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern wahrgenommen und aufgenommen. Dessen sollten wir uns immer bewusst sein.

Mein Ziel ist es, gemeinsam mit der Vizepräsidentin, dem Vizepräsidenten und allen Abgeordneten auf eine Debattenkultur hinzuarbeiten, in der sachlich fair und argumentativ diskutiert wird. Alles andere ist fehl am Platz.

Dies ist deshalb so wichtig – an dieser Stelle möchte ich sinngemäß den österreichischen Bundeskanzler Christian Kern zitieren –, weil wir aus der Geschichte wissen, dass sich die Gewalt der Worte schnell in eine Gewalt der Taten entladen kann.

Ich möchte deshalb darum bitten, sich in der Debatte so zu verhalten, wie es die parlamentarischen Gepflogenheiten verlangen, und insbesondere die Ordnung und Würde des Hauses zu achten. Bei einer Verletzung, zum Beispiel durch beleidigende Äußerungen, sieht die vorläufige Geschäftsordnung verschiedene Ordnungsmittel vor, die vom Wortentzug bis zum Sitzungsausschluss reichen können. Die konsequente Ahndung von Ordnungsverstößen wurde im Ältestenrat einvernehmlich vereinbart.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Feststellung der Tagesordnung. Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Es gibt offensichtlich von Ihnen keine Änderungswünsche und Vorschläge. Dann wird die Tagesordnung wie vorgeschlagen so festgestellt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

#### **AKTUELLE DEBATTE**

# Versäumnisse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die negativen Auswirkungen auf das Land und die Kommunen

auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/172 –

Die Redezeit entsprechend unserer Geschäftsordnung beträgt fünf Minuten je Fraktion.

Frau Kollegin Jaqueline Rauschkolb, Sie haben das Wort.

#### Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir müssen uns heute zum wiederholten Mal fragen: Herr Weise, wo bleiben unsere Entscheiderinnen und Entscheider? – In der Vergangenheit wurde uns schon oft zugesagt, dass wir mehr Personal in Rheinland-Pfalz bekommen. Allein in Rheinland-Pfalz liegen etwa 17.000 Anträge vor, die im Moment unbearbeitet sind. In der gesamten Bundesrepublik sind es etwa eine halbe Million.

Diesen Zustand können wir nicht länger hinnehmen. In der Vergangenheit wurden viele Versprechungen gemacht, dass Personal käme und wir besser mit den Flüchtlingen umgehen können. Das ist aber nicht der Fall. Im Moment erreichen weniger Flüchtlinge durch die Schließung der Balkanroute Deutschland und auch Rheinland-Pfalz. Eine Verkürzung der Verfahren ist leider immer noch nicht in Sicht.

Die Verfahren sind im Moment eher noch verlängert als verkürzt. Ich denke, das ist nicht im Sinne der Geflüchteten, aber auch aller, die sich für die Integration der Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz und in Deutschland verdient machen. Es steht und fällt alles mit dem Bundesamt; denn es löst eine Kettenreaktion aus.

Ich bin wie viele von Ihnen auch in meinem Wahlkreis unterwegs und rede mit vielen Ehrenamtlichen, aber auch mit Geflüchteten. Sie wollen alle hier bleiben. Hinter jedem der Asylanträge stehen nicht nur Fluchtgeschichten, Menschen und Schicksale, die sich dadurch entscheiden,

indem man angehört wird. Im Moment dauert die Zeit bis zur Anhörung sehr lange.

Vor Ort wird ganz viel getan, damit die Menschen willkommen geheißen werden, ob es im Café Global, im Kommunikationstreff oder in vielen anderen Einrichtungen ist. Dennoch gibt es immer wieder Frustrationen, wenn die Flüchtlinge fragen, "ich möchte gern arbeiten" und einen Integrationskurs besuchen und die Ehrenamtlichen bereit sind zu helfen. Es ist auch die Bereitschaft vorhanden, hier bleiben, sich in diesem neuen Leben einfinden und einen neuen Start wagen zu wollen.

Es ist alles noch viel zu lange in der Schwebe. Man weiß nicht, wie lange es dauert. Manchmal kommen die Briefe auch gar nicht dort an, wo sie bei den Flüchtlingen hin sollen. Es ist eine sehr schwierige Situation. Alles das bringt uns nicht weiter, um die Menschen am Ende – das ist unser aller Ziel – in unsere Gesellschaft zu integrieren und ihnen eine neue Chance und die Möglichkeit zu geben, hier Fuß zu fassen.

Die Menschen warten ein halbes Jahr oder teilweise auch acht Monate darauf, um ihre Asylanträge stellen zu können. Das ist für uns alle zu lang. Die Verantwortung liegt eindeutig beim Bund, der für die Asylanträge zuständig ist. Ich denke, organisatorisch und personell könnte sich einiges tun. Uns wurde immer wieder Personal versprochen. Im letzten Winter haben wir auch im Landtag darüber gesprochen, dass wir mehr Personal benötigen. Es fehlen aber immer noch etwa 100 Stellen.

Dabei geht es nicht nur um Entscheiderinnen und Entscheider, über die man viel in den Medien liest, sondern es geht auch um Sekretariatsangestellte. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun alles Menschenmögliche. Das will ich nicht bestreiten. Es fehlen aber Kräfte, um die vielen Asylanträge zu bewältigen.

Auch die Effizienz und die Abläufe könnten sich verbessern. Rheinland-Pfalz ist im letzten Jahr – es tut es gerade wieder – eingesprungen und hilft aus, was aber keine Dauerlösung sein kann. Das Personal versucht, beim Einlademanagement und bei der Nachregistrierung zu unterstützen. Das kann aber für die Zukunft nicht die Lösung sein; denn die Verantwortung liegt eindeutig an anderer Stelle.

Deswegen müssen wir uns noch einmal positionieren – aus diesem Grund wird das Thema in der Aktuellen Debatte diskutiert – und sagen, wir möchten nicht, dass es so weitergeht, sondern Zusagen, die uns versprochen wurden, in der Zukunft gehalten werden; denn die Menschen, die hinter diesen Anträgen stehen, brauchen ein bisschen Stabilität. Sie müssen wissen, was morgen und übermorgen ist, und ob sie an dem Ort bleiben können, in dem das Kind vielleicht schon im Sportverein ist, man vielleicht schon den Deutschkurs angefangen hat oder als Fußballtrainer arbeitet.

Das sind alles Geschichten, die das Leben im Moment schreibt. Teilweise ist aber alles noch in der Schwebe. Das ist etwas, was man den Menschen nicht zumuten kann. Das Land, die Kommunen und die Ehrenamtlichen sollten sich im Sinn der Geflüchteten dafür einsetzen, dass sich

die Verfahren verkürzen und es in Zukunft schneller geht. Ich bin optimistisch. Ich denke, es geht voran. Es werden immer wieder Gespräche geführt, dass wir schnellere Verfahren bekommen.

Ich hoffe, dass es in unser aller Sinn auch so ist und ich bald, wenn ich im Wahlkreis unterwegs bin, sagen kann, es geht schneller. Ihr wisst jetzt, dass es vorangeht. Ihr könnt vielleicht eine Ausbildung beginnen oder einen Arbeitsplatz besetzen, der dringend besetzt werden muss. Von daher sehe ich es positiv. Man muss aber noch einmal daran erinnern, dass Zusagen auch gehalten werden müssen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Hendrik Hering:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe der Robert-Koch-Schule Linz am Rhein. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthias Lammert von der CDU-Fraktion.

#### Abg. Matthias Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Haus bereits in der vergangenen Legislaturperiode darüber diskutiert, dass zu wenig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Beginn der Flüchtlingskrise beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Verfügung standen und sich deshalb ein Antragsstau in vielen Bereichen angehäuft hat. Meine Vorrednerin hat dazu einiges gesagt.

Sicherlich ist im vergangenen Jahr nicht immer alles rund gelaufen. Das ist völlig richtig. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der Vergleich der Kennzahlen von Januar bis Mai 2016 mit der Vorjahresperiode zeigt, dass das BAMF in Rheinland-Pfalz seine Kapazitäten zur Aufnahme und Entscheidung von Asylanträgen deutlich vergrößert hat. Auch das gehört zur richtigen Darstellung.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Hans Jürgen Noss, SPD)

Herr Noss, man kann immer mehr Personal fordern, hören Sie aber erst einmal zu, was ich Ihnen noch weiter zu berichten habe.

Wenn man sich die angenommenen Asylanträge anschaut, waren das im Vergleich von Januar bis Mai 2015 etwa 6.500 und von Januar bis Mai 2016 bereits über 10.000. Das ist ein Plus von 60 %. Von Januar bis Mai 2015 gab es 4.800 Entscheidungen über Asylanträge und von Januar bis Mai 2016 bereits 9.850. Die Anzahl hat sich mehr als verdoppelt. Das ist ein Ansatz, den man durchaus auch einmal in diesem Hohen Hause berücksichtigen könnte.

(Beifall der CDU)

Hinzu kommt die Unterstützung durch vier Entscheidungszentren sowie zwei Zustellzentren, deren Personal die Außenstellen und Ankunftszentren auch bei uns in Rheinland-Pfalz sehr wohl entlasten. Das BAMF ist mittlerweile auch mit sechs Standorten in Rheinland-Pfalz vertreten. Zwei Standorte – einer in Hermeskeil und einer in Kusel – wurden ausdrücklich auf Bitten der Landesregierung dort installiert und eingerichtet, obwohl sie von der Anzahl der Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz her nicht vorgesehen gewesen wären. Das war durchaus ein Entgegenkommen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Wenn auch nicht alle Probleme – das wollen wir durchaus einräumen, das ist keine Frage – im BAMF behoben wurden, so hat das Bundesamt im vergangenen Jahr zumindest gehandelt. Eine positive Entwicklung ist deutlich zu erkennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen wir uns einmal die Zahlen bei den Steigerungen der Verfahren an. Im Jahr 2015 hatten wir pro Tag 600 Entscheidungen. Im Jahr 2016 haben wir bereits 2.300 Entscheidungen pro Tag. Das ist durchaus eine deutliche Erhöhung.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind bereits ca. 230.000 Entscheidungen erfolgt. Das ist eine Steigerung im Vergleich zum vorherigen Jahr von über 150 %. Es gab auch eine deutliche Erhöhung gerade der Dolmetscherkapazitäten. Es ist auch ein Problem, dass man alles entsprechend übersetzen muss, damit man die Verständigung richtig darstellen kann. Das ist oftmals ein Hemmnis bei den Verfahren. Auch hier liegen wir bei knapp 4.000 Dolmetschern, die zur Beschleunigung der Verfahren beitragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, ich würde und wir würden uns freuen, wenn wir eine solche Entwicklung bei der Ampel-Regierung erkennen könnten, wenn es um die Bewältigung der Herausforderung der Flüchtlingskrise geht.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, das würde ich gerne einmal erkennen; denn Sie sind immer schnell dabei, den Finger auf das BAMF zu zeigen, Ihre eigenen Hausaufgaben wollen Sie aber selbst lieber nicht erledigen.

> (Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Sie wollen eigentlich nur das Personal haben, das zugesagte Personal zum Bearbeiten, das wäre wünschenswert!)

Da wäre nach wie vor die geringe Zahl der Asylbewerber, die hier abgeschoben werden, auch einmal aufzugreifen. Wir haben nach wie vor in Rheinland-Pfalz die niedrigste Abschiebequote. Auch das gehört zur Wahrheit dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU und der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  Herr Dr. Braun, eines wäre auch sehr hilfreich, wenn Sie ihre Blockadehaltung, insbesondere Ihrer Fraktion, die Blockadehalter dieser Landesregierung, wenn es um die Ausweitung weiterer sicherer Herkunftsländer geht, überdenken würden. Obwohl die Anerkennungsquote – das haben wir nachher noch einmal – von Flüchtlingen aus den Maghrebstaaten unter 1 % liegt,

> (Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weigert sich diese Ampel, ihre Zustimmung im Bundesrat zu erteilen. Auch das wäre wichtig zur Entscheidung im BAMF, einer zeitnahen Entscheidung im BAMF.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Ich muss es leider sagen. Das ist ein erstes Zeichen dafür, dass uns mit SPD, Grünen und FDP in den künftigen fünf Jahren leider ein weiterer politischer Stillstand droht.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Thema verfehlt, Herr Lammert! – Zuruf von der SPD)

Sie blockieren wider besseres Wissen aus rein ideologischen Gründen notwendige Änderungen in der Flüchtlingspolitik.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Reden Sie mit Ihrem Bischof!)

Wenn Sie also mit dem erhobenen Zeigefinger immer nur in Richtung BAMF zeigen, dann erinnern Sie sich bitte daran, dass Sie einmal selbst Ihre Probleme hier im Land zu lösen haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Wie gesagt, es ist keine Frage, beim BAMF gibt es Probleme, aber hier gibt es sehr wohl ebenfalls Probleme, für die Sie im Übrigen originär zuständig sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU und der Abg. Gabriele Bublies-Leifert, AfD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Als nächstes hat der Herr Abgeordnete Paul von der AfD das Wort.

#### Abg. Joachim Paul, AfD:

Liebe Kollegen, sehr verehrter Herr Landtagspräsident! Nicht das BAMF ist das Problem, sondern der deutsche Sonderweg. Als unsere Verfassungsväter und -mütter aus den Erfahrungen der totalitären Diktaturen heraus das Recht auf Asyl im Grundgesetz verankerten, ahnten sie sicher nicht, dass eines Tages binnen weniger Monate Hunderttausende Asylanträge gestellt werden würden. Jetzt müssen nicht nur diese Anträge bearbeitet werden, hinzu

kommen Zigtausende Altfälle, die sich zu kaum überschaubaren Höhen auftürmen. Nun sind Behörden notwendig, die einem Roman von Franz Kafka entsprungen scheinen.

Die Situation ist in vielfacher Hinsicht kafkaesk. Für die Bearbeitung dieser riesigen Masse an Anträgen gibt es in Wirklichkeit überhaupt keine eindeutigen und wirksamen Rechtsgrundlagen. Sie beruht auf der Missachtung der Drittstaatenregelung sowie der eigenmächtigen Aussetzung des Dublin-II-Abkommens und des Schengen-Grenzkodexes. Die mangelnde Rechtsstaatlichkeit gipfelte in der zeitweisen Aufgabe unserer Hoheit über die Staatsgrenzen.

Im August 2015 habe ich mir vor Ort in Ungarn mehrere Tage ein eigenes Bild von der Grenze, die Ungarn von Serbien trennt, gemacht. Eine Grenzsicherung existierte offenkundig nur auf Flipcharts Brüsseler EU-Beamter.

#### (Beifall der AfD)

Zumindest in diesem Abschnitt war die Grenze eine grüne Grenze, und das, obwohl nach den maßgeblichen Abkommen die Freizügigkeit im Inneren der EU auf verschärften Grenzkontrollen der Außengrenzen basieren sollte, der Sicherheit wegen. Die Asylkrise hat Ungarn und andere Länder, die in der Visegrád-Gruppe vereinigt sind, bewegt, auf eine robuste Grenzsicherung zu setzen. Sie registrieren und prüfen die Migranten in Grenznähe in der Regel, bevor sie das Territorium dieser Länder beschreiten.

Die Bundesregierung bleibt bis heute hingegen auf ihrem Sonderweg. Sie flankiert ihre Asylpolitik mit der Ausweitung der Behördenlandschaft, der Aufstockung von Personal und Geldmitteln und der Verpflichtung von teuren Unternehmensberatungen wie McKinsey. Diese verkaufen ihr integriertes Flüchtlingsmanagement mittlerweile als innovatives Produkt.

Mir wurde in der Grenzregion vielfach berichtet, dass ankommende Migranten in Fahrzeuge mit deutschen und niederländischen Kennzeichen stiegen, um nach Deutschland gebracht zu werden. Es fällt einem schwer, nicht von einem lukrativen Geschäftsmodell zu sprechen, ein Geschäft, das überall dort floriert und sich professionalisiert, wo eine Grenzsicherung nicht existiert, und das ganz ohne McKinsey.

#### (Beifall der AfD)

Kafkaesk sind auch die Zahlen des BAMF. 2015 stammten 26 % der Antragsteller aus Staaten, die man weitgehend als sicher einschätzen kann, darunter Albanien, Kosovo und Serbien. Im Kosovo wird mithilfe von EU und Bundesrepublik eine Verwaltung nach deutschem Vorbild aufgebaut. Serbien befindet sich in aussichtsreichen Beitrittsverhandlungen und will bereits in vier Jahren Mitglied der EU sein. Zählt man die rund 12.000 Personen, deren Herkunft unklar ist und die wahrscheinlich zu großen Teilen verschleiert wird, zu denjenigen Bewerbern hinzu, die aus diesen Staaten kommen, steigt die Quote auf 28 %, die keinerlei Bleibeperspektive haben.

Des Weiteren gehen Experten davon aus, dass 2015 30 % der bei uns antragstellenden Syrer tatsächlich aus ande-

ren Herkunftsländern stammen. Wir brauchen jetzt Dolmetscher, die verschiedene arabische Sprachvarianten unterscheiden können. Warum wohl?

Ihnen steht eigentlich keine Bleibeperspektive zu. Zählt man diese Fälle alle zusammen, rücken wir auf eine Zahl von etwa 50 % der Antragsteller zu, denen keine Bleibeperspektive zusteht.

Der immense Verwaltungsaufwand ist aber ohnehin vergeblich, wird er doch durch die Abschiebepraxis konterkariert; denn gleichgültig, zu welchem Entscheid die Behörde kommt, de facto reicht allein die bloße Antragstellung aus, um ein längerfristiges Bleiberecht zu erwirken und durch den Sozialstaat alimentiert zu werden, für Jahre, in manchen Fällen sogar Jahrzehnte.

Die Spur führt also nach Rheinland-Pfalz. Es wird nicht abgeschoben, es wird nicht zurückgeführt. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass in Rheinland-Pfalz die Abschiebeverfahren nur in den Fällen betrieben werden, in denen sie quasi aussichtslos sind.

Der Koalitionsvertrag spiegelt den Stand des Sommers 2015, den ich in Augenschein nehmen konnte, wider. Ein Kurswechsel in der Asylpolitik ist nicht zu erkennen. Wer also über das BAMF und angebliche Versäumnisse sprechen will, darf den deutschen Sonderweg, die Kultur der falschen Anreize und die Abschiebepraxis nicht verschweigen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Becker das Wort.

#### Abg. Monika Becker, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion begrüßt die Initiative des Integrationsministeriums, eine Koordinierungsstelle einzurichten, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge künftig bei der Antragstellung unterstützen wird. Die schnelle Entscheidung über gestellte Asylanträge muss von höchster Priorität sein; denn eine langwierige Entscheidung verzögert nicht nur die Integrationsmaßnahmen, sie blockiert auch Aufnahmekapazitäten. Es ist daher ein notwendiger und guter Schritt, dass Frau Ministerin Spiegel hier tätig wird

Dennoch steht die Frage im Raum, warum das Land binnen weniger Monate zum zweiten Mal dem BAMF zu Hilfe eilen muss. Es ist bemerkenswert, wie schwer sich die Bundesregierung mit der Lösung des Personalproblems beim Bundesamt tut. Ebenso ist es bemerkenswert, dass CDU-geführte Bundesländer wie zum Beispiel das Saarland personell besser ausgestattet sind.

Sehr verehrte Frau Kollegin Klöckner, wenn Sie also tatsächlich Politik für Land und Bürger betreiben wollen,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ein Zustellzentrum ist das! Das Saarland hat ein Zustellzentrum!)

dann wäre eine Ihrer Aufgaben sicherlich, dass Sie bei Ihrer Bundeskanzlerin, zu der Sie nach eigenem Bekunden ein ganz hervorragendes Verhältnis haben – oder vielleicht auch nicht mehr –,

(Unruhe bei der CDU)

auf eine schnellstmögliche Aufstockung des Personals drängen würden.

(Beifall der FDP, bei der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung unterstützt auf jeden Fall, wo sie kann, sogar dort, wo es eigentlich originäre Aufgabe des Bundes wäre.

(Zurufe der Abg. Ralf Seekatz und Arnold Schmitt, CDU)

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, bei der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Köbler das Wort.

#### Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Debatte, über die wir heute sprechen, geht es vor allem um eines, es geht um Menschen. Es geht sehr konkret um Menschen. Es geht um die vielen Menschen, die aus ihren Herkunftsländern zu uns geflohen sind. Es geht aber auch um viele Ehrenamtliche, die diese Menschen bei uns aufnehmen und unterstützen. Es geht vor allem auch um die Menschen vor Ort in den Kommunen, die sich darum kümmern müssen, dass alles seine geordneten Wege geht und diejenigen Menschen, die bei uns bleiben können, bestmöglich integriert werden, aber dass auch diejenigen, die nicht bei uns bleiben können, möglichst sicher wieder in ihre Herkunftsländer zurückkommen können. Das ist mir bei der bisherigen Debatte doch ein bisschen zu kurz gekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Angesichts der schon geschilderten Situation und der kompletten Überforderung einer Bundesbehörde bin ich außerordentlich dankbar, dass, wie der Rhein-Zeitung zu entnehmen war, das Integrationsministerium dieser Tage einen Brandbrief nach Berlin geschickt hat, um auf die Unterversorgung und die schlechte Situation bei den rheinland-pfälzischen BAMF-Außenstellen hinzuweisen, in dem es heißt, dass in Rheinland-Pfalz weiterhin 66 Stellen beim BAMF fehlen und bisher nur die Hälfte des zugesagten Personals gekommen ist.

Meine Damen und Herren, ich kam mir bei der Vorbereitung dieser Debatte ein bisschen wie bei "Und täglich grüßt das Murmeltier" vor. Seit der letzten Sommerpause füllen die Plenarprotokolle zu diesem Missstand beim BAMF 45 Seiten: Oktober 2015, zweimal November 2015, zweimal Januar 2015 und Februar 2016, wo wir allein in diesem Hohen Hause über die Missstände beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gesprochen haben.

Warum sprechen wir darüber? Weil die Zahl der unbearbeiteten Anträge exorbitant zunimmt: 2009 23.000, 2012 50.000, 2013 100.000, 2014 170.000 – damals haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz übrigens auf dem Parteitag gefordert, dass das BAMF besser ausgestattet werden muss –, dann 2015 800.000 und 2016 laut Herrn Weise 830.000 unbearbeitete Anträge auf Asyl in Deutschland.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Wenn es nach Ihnen ginge, wären es noch viel mehr!)

Was ist seither passiert? Eigentlich nichts. Thomas de Maizière, der Herr Bundesinnenminister, ist immer noch im Amt und trägt schon seit über einem halben Jahr den Beinamen Thomas die Misere.

(Abg. Dorothea Schäfer, CDU: Welche Misere denn?)

Das ist die eigentliche Misere, dass die Bundesregierung hier nicht konsequent handelt, sondern auf ganzer Linie versagt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Dann kam Herr Weiß: Er kam, sah und entschied sich bei dem, was er vorgefunden hat, besser wieder schnell zu gehen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Er heißt Weise!)

Herr Weise hat zugesagt, dass die Anträge binnen Jahresfrist abgearbeitet werden sollen. Die Antwort, wie er das tun will, ist er allerdings schuldig geblieben. Wer sich die neuesten Mitteilungen des Bayerischen Rundfunks – sicher kein linkes Staatsorgan – durchliest, dem wird ein Stück weit angst und bange.

Herr Lammert, ich weiß nicht, ob Sie schon einmal mit einem Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gesprochen haben.

(Zuruf des Abg. Matthias Lammert, CDU)

Die Fälle, die man nachliest, sind keine Einzelfälle. Dass Menschen ohne Schulung eingestellt werden, weil sie es nicht gelernt haben, und teilweise nach drei Wochen wieder gehen müssen, Personalstellen unbesetzt bleiben oder prekär und befristet besetzt werden, all das hat zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung in dieser Situation zwischen dem Personalrat und der Geschäftsführung des BAMF geführt, in der sich der Personalrat durchgesetzt und erwirkt hat, dass nicht rechtswidrig und nach Gutdünken mit dem Personal umgegangen werden soll.

Das bedeutet, es ist viel gemahnt und geredet worden. Es ist seitens des Bundesinnenministers und der Bundesregierung viel versprochen worden. Passiert ist überhaupt nichts. Die Situation hat sich, obwohl die Zuzugszahlen im Moment tendenziell stark zurückgehen, überhaupt nicht und gar nicht verbessert. Aus dem Bundesinnenministerium ist ein Bundeschaosministerium geworden.

(Zuruf der Abg. Dorothea Schäfer, CDU)

Davon kann man nicht mit Scheindebatten à la sichere Herkunftsstaaten und angeblich ausbleibende Abschiebungen in Rheinland-Pfalz ablenken, wie es die CDU-Opposition zu tun versucht. Wir machen in Rheinland-Pfalz unsere Hausaufgaben bei der Flüchtlingsaufnahme.

> (Heiterkeit bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Es wäre im Sinne der Flüchtlinge, der Ehrenamtlichen und der Kommunen, wenn die Bundesregierung ihre Hausaufgaben auch endlich anpacken würde.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und bei der SPD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Staatsministerin Frau Spiegel hat das Wort.

# Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz BAMF, ist dafür zuständig, dass die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, einen Asylantrag stellen können und dieser auch schnell beschieden wird.

Nach wie vor – das wurde bereits angesprochen – gibt es bei der Bearbeitung der sogenannten Altfälle, also derjenigen Fälle, bei denen eine Nachregistrierung notwendig ist, weil die Menschen zum Teil schon viele Monate in Rheinland-Pfalz sind, aber immer noch keinen Asylantrag stellen konnten, weiterhin Herausforderungen, mit denen wir zu kämpfen haben. Hier gibt es weiterhin einen Flaschenhals beim BAMF.

Das ist schwierig für alle Beteiligten, für die Kommunen, das Land und natürlich für die betroffenen Flüchtlinge selbst; denn es verzögert die Entscheidung, und es verzögert auch die Integrationsmaßnahmen, die wir so schnell wie möglich ansetzen möchten.

So harren viele Tausend Asylanträge bundesweit immer noch ihrer Bearbeitung, und das Land hat das BAMF in der Vergangenheit bereits mehrfach mit eigenem Personal tatkräftig unterstützt. Zum einen war das bereits im vergangenen Jahr 2015, als während der Hochphase der Flüchtlingszuwanderung eigenes Personal vonseiten des Landes zur Verfügung gestellt wurde, um dem BAMF unter die Arme zu greifen, zugleich aber auch im vergangenen

Winter, als Land und Kommunen mit der Nachregistrierung derjenigen begonnen hatten, die das BAMF während der Hochphase nicht erfasst hatte und nicht erfassen konnte.

Zwei gute Nachrichten werden jetzt die weitere Bearbeitung der sogenannten Altfälle beschleunigen. Das ist eine gute Nachricht für das Land und für die betroffenen Flüchtlinge. Das eine ist, dass wir vor wenigen Tagen eine Koordinierungsstelle mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Land und Kommunen in Trier einrichten konnten. Diese Koordierungsstelle fungiert als Bindeglied zwischen BAMF, Ausländerbehörden und den Erstaufnahmeeinrichtungen. Sie wird ihren Teil dazu beitragen, dass es zu einer weiteren Straffung bei den Verfahren kommt und wir hier noch schneller als bisher die Nachregistrierung abschließen können, meine Damen und Herren.

Der andere Punkt ist, dass wir die Zusage des Saarlandes haben, dass der dortige BAMF-Standort in Lebach bei der Bearbeitung der Anträge aus Rheinland-Pfalz mithilft – auch das ist eine gute Nachricht –, damit die Altfälle schnell abgearbeitet werden können.

Zur Zahl der Altfälle: Wir haben im Land etwa 8.000 bereits abgearbeitete Altfälle, etwa 6.000 Menschen harren noch darauf, ihren Asylantrag stellen zu können. Mit den vorhin vorgestellten Verbesserungen wird es möglich sein, dass wir dem BAMF pro Tag etwa 100 bis 200 Menschen zuführen können, damit sie ihren Asylantrag stellen können. Wir hoffen, dass wir mit diesen Maßnahmen die Nachregistrierung der Flüchtlinge zügig abschließen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Wir tun dies im Sinne der betroffenen Flüchtlinge, aber auch, weil wir als Land ein großes Interesse daran haben, dass die Asylanträge schnell gestellt und entschieden werden können und wir mit unseren Integrationsmaßnahmen und mit Sprachkursen dafür sorgen können, dass die Menschen, die zu uns kommen und hier bleiben werden,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Oder abschieben!)

einen guten Start in ihrem neuen Leben in Rheinland-Pfalz und eine gute Möglichkeit haben, hier eine neue Heimat zu finden, meine Damen und Herren.

> (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Asyl ist doch Hilfe auf Zeit!)

Wir haben bezüglich der Anzahl des Personals des BAMF die Zusage, dass es sich von 160 Personen auf 203 erhöhen wird. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass das Soll beim BAMF-Personal für Rheinland-Pfalz bei 267 Vollzeitstellen liegt. Wir hoffen natürlich gemeinsam mit den Kommunen sehr darauf, dass das BAMF seinem Soll, das es zu erfüllen hat, möglichst rasch nachkommen wird.

Zum Schluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir uns hier in einem engen Schulterschluss befinden. Wir unterstützen das BAMF, und wir tun das sehr gerne; denn es ist uns als Land – wie gesagt – ein wichtiges Anliegen,

dass wir zügig vorankommen.

Wir befinden uns auch in einem engen Schulterschluss mit den Kommunen. Wir hoffen, dass wir bald mit der Nachregistrierung fertig sein können; denn das ist nicht nur für die Flüchtlinge gut, sondern auch für die vielen Menschen im Land, die sich dankenswerterweise haupt- und ehrenamtlich um die Flüchtlinge kümmern.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### Präsident Hendrik Hering:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit ist der erste Teil der Aktuellen Debatte beendet.

Wir kommen zum zweiten Thema der

#### **AKTUELLEN DEBATTE**

#### Hahn-Verkauf kostet Millionen – Folgen für Region und Mitarbeiter ungewiss

auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/179 –

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das Wort hat Frau Abgeordnete Klöckner von der CDU-Fraktion.

#### Abg. Julia Klöckner, CDU:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Ministerpräsidentin! Der Flughafen Hahn ist damals nicht auf die Beine gestellt worden, damit er irgendwann mit Millionenmitgift aus der Staatskasse und mit Unsicherheiten für Mitarbeiter und Region an ein unbekanntes Unternehmen aus China nahezu verschenkt werden wird.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war damals gewiss nicht das Ziel. Dass es aber so gekommen ist, ist dem Regierungshandeln unter Herrn Beck und Frau Dreyer geschuldet.

Zum Notverkauf kam es, nachdem die SPD-geführte Landesregierung die Fraport herausgedrängt hatte, die bis dato die Verluste trug. Nachdem es unter einem Führungspersonal, das immer die vollste Rückendeckung der Landesregierung genoss, zu Unregelmäßigkeiten am Hahn gekommen ist,

(Zuruf von der SPD)

nachdem kein tragfähiges Betriebskonzept entwickelt worden ist, sondern die Misswirtschaft Millionen Steuergelder kostete und auch noch Vermögen verzehrte, und nachdem Frau Dreyer über 160 Millionen Euro Bürgergeld zur Umschuldung in die Hand nahm, um eine drohende Insolvenz noch einmal abzuwehren, und nachdem es eben nicht gelungen ist, einen geeigneten Investor zu finden – verehrte

Kolleginnen und Kollegen, ein Investor ist übrigens etwas ganz anderes als lediglich nur ein Abnehmer; ein Investor bringt Geld und ein Konzept mit –.

(Beifall der CDU)

ist nicht die EU-Kommission am Niedergang schuld, sondern die Regierenden sind schuld.

Der Flughafenbetrieb wurde, wie vom Kollegen Weber zutreffend formuliert, von der SPD über zehn Jahre "versemmelt".

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Genau!)

Dabei versprach doch der damalige SPD-Wirtschaftsminister Hering, dass der Hahn 2016 schwarze Zahlen schreiben würde. Wir haben 2016, aber wir haben keine schwarzen Zahlen.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Versprechen halfen nicht dem Hahn, aber sie halfen der SPD über zwei Landtagswahlen hinweg, und das war Wählertäuschung.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erinnern uns: Frau Dreyer und Herr Lewentz, Sie beteuerten zu Beginn des Jahres, der Flughafen könne nicht vor der Landtagswahl veräußert werden, die Vertragsverhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Jetzt, nach der Wahl, soll plötzlich alles ganz schnell gehen.

Frau Dreyer, heute wissen wir, dass die Verträge schon längst verhandelt waren. Es war ein Wahlüberbrückungsprogramm wie beim Nürburgring. So machte es Kurt Beck, Ihr Ziehvater, und so machen Sie es leider auch.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Jetzt kommt ein Gesetz in Hauruckmanier, der Landtag soll dem Verkauf an den erstbesten Bieter zustimmen, an eine Firma, die selbst in China keiner kennt, ohne eine Prüfung des Geschäftskonzepts des Käufers,

(Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

zu einem, wie wir hören, niedrigen Preis, der belegt, dass der Flughafen verscherbelt und eben nicht verkauft wird.

(Zuruf von der AfD: Ist ja nur Steuergeld!)

Das geschieht in einem Tempo, welches eine sachgerechte und parlamentarische Befassung unmöglich macht,

(Beifall der CDU)

und – das sagen wir auch – in einem Verfahren, das alles andere als transparent ist.

Verehrte Frau Dreyer, welche Vorgaben haben Sie eigentlich KPMG gemacht? Ging es um Schnelligkeit und weniger um Gründlichkeit?

Die CDU-Landtagsfraktion ist nicht per se gegen einen Verkauf des Flughafens, alleine schon deshalb nicht, weil diese SPD-geführte Landesregierung deutschlandweit das beste Beispiel dafür bietet, dass der Staat eben nicht der bessere Unternehmer ist.

(Beifall der CDU und der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aber wir sind mehr als skeptisch bei einem Verkauf, der erstens um jeden Preis getätigt wird, bei dem zweitens noch Millionen mitgegeben werden, der drittens mit einem Blanko-Scheck versehen wird, viertens ohne konkretes Konzept und fünftens mit ungewisser Zukunft für Mitarbeiter und Region ist.

Frau Dreyer, wir haben den Eindruck, Sie versuchen, mit einem Gesetz nur ihre eigene Verantwortung auf dieses Parlament wegzudelegieren.

(Beifall der CDU und des Abg. Heribert Friedmann, AfD)

Keiner weiß genau, wer diese Käufer sind, selbst Branchenkenner nicht. Ein Journalist ist nach Shanghai gereist; denn von Ihrem Investor, dem Sie Ihr vollstes Vertrauen schenken – Frau Dreyer, so sagten Sie es –, ist weder eine E-Mail-Adresse noch eine Telefonnummer bekannt. Man stand vor dem Bürogebäude und musste das Büro suchen. Dort wies nicht unbedingt etwas darauf hin, dass der Käufer in der Branche stark verankert sei und die Zukunftshoffnung für den Hahn sein werde.

Frau Dreyer, warum verlangen Sie von Ihren Geschäftspartnern nicht das, was Sie von allen Kommunen hier in Rheinland-Pfalz verlangen, nämlich maximale Transparenz, so wie Sie es selbst gesagt haben?

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Ich sage Ihnen, wir wissen öffentlich nicht, welcher Kaufpreis gezahlt wird, wie hoch die Haftung für das Land ist, welche Folgen es für das Land hat und wo man später noch haften muss. Die Frage ist: Ist das Transparenz oder nur Pseudo-Transparenz?

Es gibt Garantien für den chinesischen Käufer, aber welche Garantien bekommen wir?

(Glocke des Präsidenten)

Schauen wir in dieses Gesetz, dann wird eines deutlich, Frau Dreyer: Sie haben vor vier Wochen Ihren Amtseid abgelegt, Sie mögen Schaden von diesem Land abwenden. Daran möchte ich Sie im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes noch einmal erinnern.

(Beifall der CDU und bei der AfD – Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Wer hat das Mandat gegeben? – Zuruf aus dem Hause: Alles gut!)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Alexander Schweitzer das Wort.

(Zurufe aus dem Hause)

#### Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Guten Tag, meine Damen und Herren, lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Rede halte ich schon noch selbst, die wird auch durch Ihre Zwischenrufe nicht in irgendeiner Weise beeinflusst.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, zunächst einmal, nachdem Sie die Ministerpräsidentin und die Landesregierung an die Verantwortung vor den Bürgerinnen und Bürgern erinnert haben, muss ich sagen, ja, wir alle tragen Verantwortung. Die trägt auch die Opposition, und wie die Menschen in Rheinland-Pfalz denken, haben wir heute noch einmal lesen dürfen, als wir alle – wir mit großer Zuversicht, Sie vielleicht mit ein bisschen weniger Zuversicht – DIE RHEIN-PFALZ geöffnet haben.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Meine Damen und Herren, das ist ein Punkt, über den ich mit Ihnen sprechen möchte.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Das Thema scheint Ihnen unangenehm zu sein!)

Die Ampelregierung, die gemeinsam einen Koalitionsvertrag diskutiert und beschlossen hat, besteht aus den Parteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Alle drei Parteien haben sich deutlich im Vorfeld dieser Landtagswahl vor die Wählerinnen und Wähler gestellt und gesagt, es gibt realistisch nicht nur mit Blick auf die Regularien der EU-Kommission, sondern auch mit Blick auf den immer stärker durch Globalisierung und Verdrängung gekennzeichneten Wettbewerb eigentlich nur eine Möglichkeit, nämlich die Privatisierung. Genau dafür hat diese Ampelregierung ein deutliches Mandat erhalten.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, dann so zu tun, als sei uns das erst nach der Landtagswahl eingefallen, straft Sie selbst Lügen.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Licht, CDU)

weil Sie beteiligt waren, als wir in den Fachausschüssen den ganzen Weg seit 2011 mit einem Markterkundungsverfahren und danach mit einem Verfahren, das durch KPMG gegenüber der EU-Kommission unterstützt wurde, und mit der Entschuldung gegangen sind. All das ist transparent in den Ausschüssen des Landtags und hier im Landtag diskutiert worden.

(Abg. Dorothea Schäfer, CDU: Was heißt das jetzt?)

Liebe Frau Kollegin Klöckner, deshalb so zu tun, als sei das eine Ad-hoc-Entscheidung, straft Sie selbst Lügen. Das müssten Sie eigentlich besser wissen.

Diese Entscheidung, die jetzt finalisiert wird, hat ihren Ausgangspunkt zu Beginn der letzten Wahlperiode und ist dann noch einmal durch die Flughafenleitlinien forciert worden, die 2014 klargemacht haben, was die öffentliche Hand in Rheinland-Pfalz, in Deutschland, in ganz Europa überhaupt noch machen kann, meine Damen und Herren.

Sie haben deutlich gemacht, wie lange und in welchem Umfang die öffentliche Hand überhaupt noch Beihilfen, Betriebs- und Investitionsbeihilfen, in die Hand nehmen kann. Sie haben klargemacht, welche weiteren öffentlichen Lasten überhaupt noch übernommen werden dürfen, insbesondere mit Blick auf Sicherheits- und andere Aspekte. All das weiß jeder, das weiß jeder hier im Parlament, und deshalb war das nicht ganz redlich, was Sie hier vorhin dargestellt haben, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Zuruf des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

Dieses Verfahren, das wir heute, morgen und in der Juli-Sitzung zu einem vorläufigen Abschluss bringen, ist lange vorbereitet und transparent gewesen. Die Menschen in Rheinland-Pfalz wussten ganz genau, wer für welche Variante steht. Genau das hat auch dazu geführt, dass diese Landesregierung das Votum der Wählerinnen und Wähler in Rheinland-Pfalz bekommen hat, meine Damen und Herren.

> (Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU – Abg. Arnold Schmitt, CDU: Wir machen es einfach!)

Wir haben auch gelesen, wie sich die CDU in den letzten Jahren dazu eingelassen hat. Ich bin auf eine Pressemitteilung von 2011 gestoßen, in der die CDU öffentlich dargestellt hat, sie würde alle anderen Akteure landespolitisch dazu drängen, endlich die Privatisierung voranzubringen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Martin Brandl, CDU: Bravo!)

Also meine Damen und Herren, das war 2011. 2012 und fortfolgend war dann klar, dass wir, um überhaupt die Privatisierung in realistische Umsetzungschancen bringen zu können, eine Entschuldung vornehmen müssen, weil KPMG in einer Ausschusssitzung – bei der war ich anwesend; Sie sind irgendwann gar nicht mehr da gewesen, aber auch das gehört zur Wahrheit – deutlich gemacht hat, wir können unmöglich einen öffentlich getragenen Flughafen mit der Schuldenlast dem Markt zur Verantwortung geben. Darum war klar, die Verantwortung, die wir haben, ist die Entschuldung, damit die Privatisierung überhaupt klappt.

Sie haben gegen die Entschuldung gestimmt und deshalb eine wesentliche Voraussetzung nicht mit erfüllt – Ihrer eigenen Verantwortung gerecht zu werden.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben 2011 behauptet, sie wollen Privatisierung, haben dann keine Entscheidung getroffen, die in diese Richtung geht.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, liebe Frau Klöckner, deshalb, wer soll Sie denn an dieser Stelle ernst nehmen, wenn Sie Ihre eigenen Worte von 2011 nicht ernst nehmen?

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind inmitten einer Beteiligung. Ich bin sehr froh, dass das Parlament auch die Verantwortung hat, sich intensiv damit zu beschäftigen. Meine Fraktion macht das sehr intensiv. Ich will deutlich sagen, das bleibt nicht ohne Fragen.

Keiner von uns kann am Ende eine Garantie aussprechen. Wir können beurteilen, was uns vorgelegt wurde. Wir können davon ausgehen, dass die Partner, die EU-Kommission, die Regierung das Nötige getan haben, um das Verfahren in diese Phase zu bringen, die wir heute und morgen beurteilen können.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Unsere Verantwortung ist es, darüber ein Urteil zu sprechen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich kann für meine Fraktion sagen, es ist immer noch so, dass weder Sie noch irgendjemand sonst uns, dem Parlament und der Öffentlichkeit in Rheinland-Pfalz, eine Alternative hat aufzeigen können. Es gibt keine Alternative zu diesem Weg, weder zum Weg der Privatisierung noch zum Weg dieses Käufers.

(Widerspruch von der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb müssen wir immer auch darüber nachdenken, wo die Verantwortung ist.

Sie haben von Pseudo-Transparenz gesprochen.

Liebe Frau Kollegin Klöckner, was Sie erleben, ist Pseudo-Verantwortung. Kommen Sie endlich zu Ihrer Verantwortung, die Sie als Abgeordnete und Oppositionsführerin haben.

> (Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Bollinger das Wort.

#### Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mehrere Tausend Arbeitsplätze hängen am Betrieb des Flughafens Hahn. Diese Arbeitsplätze wollen wir bewahren und tadeln die Landesregierung da nicht für ihre Absicht, dies zu tun.

Wie wir alle wissen, ist gut gemeint aber oft das Gegenteil von gut gemacht. So auch in diesem Fall.

Der Verkauf des Flughafen Hahn an den chinesischen Investor SYT wird das Land bis 2024 über 70 Millionen Euro kosten. Mit einer schon 2014 als Voraussetzung für einen zukünftigen Verkauf getätigten Eigenkapitaleinlage von über 120 Millionen Euro kommen wir auf einen Gesamtbetrag von über 200 Millionen Euro.

Ich pflichte dem Kollegen Weber explizit bei, der mit der Aussage zitiert wurde, dass die dauerregierende SPD den Flughafen Hahn in den letzten zehn Jahren "versemmelt" hat.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Recht hat er!)

Richtig ist aber auch, dass die FDP in Sachen Hahn in der Zeit davor munter mitgemischt hat.

Recht geben muss ich auch dem Kollegen Dr. Braun, der mit der Aussage zitiert wurde, ein Land sollte keinen Flughafen betreiben wollen. Ich frage mich allerdings, warum diese Erkenntnis erst so spät kommt. Schließlich tragen die Grünen durch ihre Regierungsbeteiligung in den letzten fünf Jahren für diesen Prozess ebenfalls Mitverantwortung.

Nun stellt sich hier tatsächlich die Frage, warum dieser Verkauf an einen privaten Investor nicht schon viel früher erfolgt ist, als der Hahn noch deutlich höhere Umsätze generierte. Zu einem solchen Zeitpunkt hätte sicherlich ein anderer Preis erzielt und ein anderes Gesamtpaket vereinbart werden können als beim aktuellen Notverkauf.

Wie die Allgemeine Zeitung heute schreibt, gab es wohl 2011 und 2012 Kaufanfragen von europäischen Investorengruppen, die noch nicht einmal beantwortet wurden.

So, jetzt könnten wir die Sünden der Vergangenheit zu Recht bemängeln, aber immerhin mit Mut in die Zukunft blicken, guten Mutes, wenn ein schlüssiges und nachvollziehbares Konzept für den Hahn vorliegen würde. Leider kann man von einem solchen Konzept nicht sprechen.

(Beifall der AfD)

Der Investor, die SYT, ist weitgehend unbekannt und entgegen anderweitiger Aussagen offensichtlich branchenfremd. Verschiedene Medien haben dem Investor nachrecherchiert und dabei kaum Spuren gefunden. Das Resümee der Tagesschau war heute "Phantom kauft Flughafen".

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Dieser mysteriöse Investor gibt so gut wie keine materiellen Sicherheiten. Das Stammkapital der SYT beträgt lediglich 69.000 Euro. Die Teilhaber haften nicht darüber hinaus.

Der vorliegende Businessplan geht von sehr optimstischen Erwartungen aus und prognostiziert deutliche Umsatzsteigerungen in den nächsten Jahren, insbesondere zu Beginn der kommenden drei Jahre.

Angesichts der bisherigen Umsatzentwicklung des Hahn ist das aus unserer Sicht sehr kritisch zu sehen, vor allem da ein ganz wesentlicher Baustein im Businessplan offensichtlich fehlt; denn als Garant für steigende Umsätze hatte die SYT die chinesische Frachtfluggesellschaft Yangtze River Express an den Hahn zurückholen wollen. Deren Marketingmanager wollte davon aber nichts wissen.

Jetzt lesen wir in der Rhein-Zeitung, dass der Verantwortliche für Frachtverkehr, von dem die Landesregierung eine Zusage erhalten haben will, dass Yangtze River Express

an den Hahn zurückkehrt, mit dem kompletten Vorstand ausgetauscht wurde.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Also klar ist auf jeden Fall, es wurden vonseiten des Landes und seiner Beauftragten, der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, keine Überprüfung des Konzeptes und der langfristigen Wirtschaftsplanung und kein ordentlicher Risikocheck durchgeführt.

(Beifall der AfD)

Die EU-Kommission hat zwar eine Prüfung des Wirtschaftsplans des Investors durchgeführt, der auf dessen kühnen Annahmen basiert, aber nur bis 2024, und damit müssen so lange die Beihilfen fließen. Das geht aber vollkommen an den Erfordernissen vorbei. Wir müssen wissen, ob der Hahn sich ohne Beihilfen trägt. Der einzige Indikator war also offensichtlich der Kaufpreis.

Meine Damen und Herren, das ist ein Sprung ins Dunkle.

Ich fasse zusammen. Die Landesregierung hat einen dreistelligen Millionenbetrag investiert, um einen wirtschaftlich relevanten Standort zu erhalten. Dabei wurde seitens des Landes keine seriöse Wirtschaftlichkeitsprüfung vorgenommen, sondern auf der Basis von Versprechungen und Erwartungen über den Daumen gepeilt.

Liebe Ampel, Sie haben es alle "versemmelt" – Rot, Grün und Gelb.

(Beifall der AfD)

Damit zeigen Sie keine Wirtschaftskompetenz und keine Verantwortung für die Menschen auf dem Hunsrück, deren Arbeitsplätze vom Flughafen Hahn abhängen.

Irgendwie kommt uns das doch alles bekannt vor. Nürburgring, ick hör dir trapsen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Ich darf weitere Besucherinnen und Besucher im Landtag begrüßen, Mitarbeiter des Verbandes Region Rhein-Neckar aus Mannheim. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Fraktionsvorsitzender Roth von der FDP.

#### Abg. Thomas Roth, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, eigentlich haben Sie das Thema verfehlt;

(Zurufe von der CDU: Aha!)

denn im Antrag steht, vor allen Dingen im zweiten Nachsatz, "Folgen für Region und Mitarbeiter ungewiss". Dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt.

Möchten Sie eigentlich mit dem Antrag, den Sie hier stellen, den Menschen Angst machen?

Sie behaupten, der Verkauf des Flughafens Hahn hätte ungewisse Folgen für die Region Hunsrück und die am Flughafen beschäftigten Menschen.

Eine 100%ige Prognose ist nur für die Vergangenheit möglich, aber die Zukunft erfordert zunächst einmal Mut, und was Sie hier machen, schürt die Zukunftsängste bei den Menschen, die täglich gute Arbeit am Hahn leisten und auch in Zukunft weiterhin einen sicheren Arbeitsplatz haben möchten.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber nicht Übermut!)

Wissen Sie eigentlich, welches Gefühl Sie bei diesen betroffenen Menschen auslösen, wenn sie ständig Ihre pessimistischen Äußerungen in der Zeitung lesen müssen?

(Zurufe von der AfD)

Mit dem offenen und transparenten Verkaufsprozess legt die Landesregierung im Gegensatz zu Ihnen zwei grundlegende Dinge fest. Erstens wird mit der Veräußerung des Flughafens an den privaten Investor verhindert, dass der Hahn zur Dauerbelastung für den Steuerzahler wird, und zweitens wird dafür gesorgt, dass am Flughafen Hahn über das Jahr 2024 hinaus weiterhin Menschen einen Arbeitsplatz finden werden.

(Beifall der FDP und bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Alternative zur Privatisierung des Flughafens ist ansonsten, wenn das Subventionsverbot der EU ab 2024 ausläuft, dass am Hahn die Lichter ausgehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

– Sie spielen ein politisches Spiel auf Kosten der Menschen in der Region Hunsrück und zulasten der Mitarbeiter am Flughafen Hahn.

> (Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von CDU und AfD)

Damit steht für Sie in dieser Debatte der Verlierer eigentlich schon längst fest.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: FDP!)

Es hätte der Glaubwürdigkeit Ihrer Fraktion, liebe Frau Klöckner, gut zu Gesicht gestanden, wenn Sie mit konstruktiven Vorschlägen zur Zukunft des Flughafens beteiligt gewesen wären. Stattdessen war aus Ihrer Richtung nur negatives Hintergrundrauschen zu hören. Wer sind denn diese tollen Investoren, wie wir das vorhin gehört haben,

(Abg. Gerd Schreiner, CDU: Das fragen wir Sie! – Weitere Zurufe von der CDU)

von denen Sie seit 2011 immer reden? Wir haben von Ihnen seit dieser Zeit nicht einen einzigen Alternativvorschlag zur Veräußerung des Flughafens gehört. Nicht einen einzigen.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Getoppt wird Ihre Kommentierung von der Seitenlinie aus nur mit dem Antrag, den wir hier eigentlich diskutieren müssen. Ihren Pessimismus, den Sie hier versprühen, machen wir Freien Demokraten uns mit Sicherheit nicht zu eigen.

(Zurufe von CDU und AfD)

Wir schauen optimistisch in die Zukunft und sehen Chancen, die sich aus diesem Verkauf ergeben. Das ist alles eine Frage der Haltung und der inneren Einstellung.

(Heiterkeit bei der AfD)

Und es ist eine Frage des Bewusstseins für die Verantwortung, die wir alle gemeinsam tragen.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Zum Abschluss habe ich eine Bitte an Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU. Senden Sie endlich einmal ein Signal der Zuversicht auch im Interesse der Beschäftigten am Flughafen.

Wenn hier alle über den Terminus technicus des "Versemmelns" reden, darf ich Ihnen kurz erklären, eine Umschreibung dieses Wortes ist auf der einen Seite

(Zuruf aus dem Hause)

 ja, es ist wunderschön, dass Sie das kennen; das habe ich mir gedacht – etwas durch falsches Vorgehen, eine schlechte Leistung verderben, etwas zu einem Misserfolg machen, etwas schlecht ausführen, falsch machen, zum Scheitern bringen. Aber das gleiche Wort bedeutet auch etwas veräußern. Historische Analysen.

(Beifall der FDP)

"Versemmeln" meint eigentlich, für Semmeln Geld ausgeben.

(Abg. Matthias Lammert, CDU: Da habt ihr aber lange gesucht!)

- Ja, klasse, gelt, und auch etwas dazu gefunden.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von CDU und AfD)

Demzufolge ergibt die Bedeutung von "versemmeln" das Wort veräußern, und das heißt, etwas ausgeben, hergeben und dafür Geld bekommen.

Lassen Sie uns in diesem Sinne, im zweiten Sinne, den Flughafen Hahn "versemmeln".

In diesem Sinne einen schönen Abend noch.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von CDU und AfD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Braun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! An der Interpretation des genannten Wortes will ich mich nicht weiter beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sehen ja, es gibt vielfältige Möglichkeiten, das Wort zu interpretieren. Aber ansonsten kann ich direkt an das anknüpfen, was Herr Roth gesagt hat. Es ist doch eindeutig, es gibt keine Alternative, die Sie bisher dazu genannt haben.

(Zuruf der Abg. Ellen Demuth, CDU)

Sie haben durchaus recht, der Flughafen Hahn ist keine staatliche Aufgabe. Es ist keine Aufgabe des Staates, einen Flughafen zu betreiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Das gilt übrigens auch für den Flughafen Kassel-Calden in Hessen. In Hessen wird das wahrscheinlich auch irgendwann diskutiert werden. Kassel-Calden will jetzt mehr auf Frachtflugverkehr setzen, weil der Passagierflugverkehr dort nicht klappt.

Wir haben in Rheinland-Pfalz versucht – ich glaube, es ist nicht schlecht, wenn man das versucht –, eine Konversion eines militärischen Geländes zu machen. Ob das jetzt gelungen ist oder nicht, das können Sie im Nachhinein natürlich eher beurteilen, als wenn man eine solche Sache angeht.

Allerdings – das ist auch gesagt worden – ging es um viele Arbeitsplätze in einer Region, die nicht viele Arbeitsplätze hat. Es ist doch eine ehrenwerte Aufgabe und ein ehrenwertes Unterfangen, Arbeitsplätze in einer Region erhalten zu wollen, die an Arbeitsplätzen schwach ist.

(Zuruf des Abg. Gerd Schreiner, CDU)

Meine Damen und Herren, man nennt das auch Strukturpolitik.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Jetzt haben die Grünen – das will ich auch einmal deutlich sagen – keine Affinität zur Gründung von Flughäfen. Wir halten das für die falsche Verkehrspolitik. Das haben wir aber von vornherein gesagt. Wir glauben deswegen, dass der Hahn ein weiteres Konzept, ein Gewerbekonzept,

braucht, und zwar so ähnlich wie in Bitburg, Herr Billen, wo Sie es auch einmal versucht haben, aber kläglich gescheitert sind.

Wir glauben, dass man durchaus mit einem alternativen Konzept am Hahn Arbeitsplätze weiter erhalten kann. Es sind nicht nur die flugaffinen Dinge, die am Hahn entwickelt werden müssen. Also lohnt es sich doch, darum zu kämpfen, dass diese Arbeitsplätze, die nicht allein flugaffin sind, im Hunsrück erhalten werden können.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber dazu steht doch im Vertrag gar nichts drin!)

Es ist viel Geld dahin geflossen. Sie haben vollkommen recht.

Meine Damen und Herren von der CDU, als das Geld dahin geflossen ist, waren Sie doch im Aufsichtsrat und vor Ort mit dabei. Sie haben sich doch gefreut, dass Sportvereine unterstützt werden und alles andere auch. Von daher machen Sie Vorschläge, wie man es besser machen könnte. Es ist einer Opposition nicht würdig, jetzt darüber zu heulen, dass man es damals mithilfe der CDU nicht richtig auf die Reihe gekriegt hat. Das ist ein einziges Gejammere. Sie müssen Vorschläge machen. Darum bitte ich Sie.

# (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Es sieht auch ein bisschen so aus, als würden Sie sich vor Entscheidungen drücken. Es ist leicht, als Opposition zu sagen, die eine Entscheidung ist falsch, und die andere ist auch falsch. Sie sagen zu Recht, dass der Staat da nichts verloren hat, also müsste man verkaufen. Dann verkauft man. Dann sagen Sie, Sie sind mit dem Preis nicht zufrieden.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Darum gibt es dieses Gesetz. Das Parlament soll durch das Gesetz den Verkauf ermöglichen.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Dann sagen Sie, wenn verkauft wird, und zwar an den Meistbietenden nach einer Ausschreibung, das wäre verramscht. Das können Sie bei jedem Preis sagen. Diese Argumentation ist viel zu billig. Sie müssten eine alternative Argumentation vorbringen. Vor dieser Entscheidung, nämlich Vorschläge zu machen, haben Sie Angst. Es geht Ihnen wie dem Kaninchen, das vor der Schlange sitzt. Sie wissen, was mit dem Kaninchen passiert. Es wird nicht überleben. Ich hoffe, dass die Opposition überlebt. Diese brauchen wir im Landtag. Sie ducken sich vor der Verantwortung weg. Ich bitte Sie, übernehmen Sie auch als Opposition Verantwortung in diesem Landtag.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Es ist durchaus richtig, dass das Parlament mit einbezogen wird. Wir begrüßen, dass das Parlament in die Entscheidung mit einbezogen wird.

Frau Klöckner, Sie haben gesagt, damit will sich die Regie-

rung nur wieder wegducken. Ich halte es für richtig, dass die Regierung sagt, das gesamte Parlament soll ein Gesetz verabschieden und diesen Verkauf ermöglichen. Ich habe schon gesagt, es ist nicht unsere Sache, den Vertrag abzuschließen. Es ist aber unsere Sache, als Parlament mit Landeseigentum so umzugehen, dass es verantwortlich ist.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Einfach abnicken! Abnicken!)

Deswegen machen wir die Rahmenbedingungen im Parlament. Das Inhaltliche muss die Regierung machen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Lewentz das Wort.

#### Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei den Fraktionsvorsitzenden Alexander Schweitzer, Bernhard Braun und Thomas Roth herzlich für ein eindeutiges Bekenntnis für diese Region bedanken. Ich glaube, das ist wichtig.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Christian Baldauf, CDU: Und für den Investor! Das ist ganz wichtig!)

Es gibt viele Menschen, die diese Ängste haben, die von Herrn Roth beschrieben wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich will noch einmal auf die Überschrift dieser Aktuellen Debatte eingehen, nämlich "Hahn-Verkauf kostet Millionen – Folgen für Region und Mitarbeiter ungewiss".

Frau Klöckner, diese Überschrift haben Sie gewählt. Sie hätten dazu auch eine Antwort geben sollen. Sie hätten Antwort darauf geben sollen, wie der Hahn in der Vergangenheit und zukünftig ohne diese Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz überhaupt hätte existieren können.

Ich will Ihnen sagen: Alle meine Vorgänger, wie Rainer Brüderle, Hans-Artur Bauckhage, Hendrik Hering und ich, stehen für diese Investitionen, die in diese Region geflossen sind. Sie können sich noch erinnern, wie das Mitte der 90er-Jahre gewesen ist, nachdem das Militär abgezogen ist und die Bundesregierung dort Tausende von Aussiedlern konzentriert angesiedelt hat.

Ich will immer wieder sagen, dass das heute unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sind, mit denen wir gern zusammen leben. Diese Ansiedlungspolitik war damals aber mit großen Problemen im Hunsrück behaftet. Das war eine Antwort, die wichtig war, damit eine ganze Region nicht

umgekippt ist. Damals war eindeutig klar – ich mache hier den Schnitt –, dass der Hahn die Unterstützung und Hilfe aller Demokraten brauchte und Sie sich dann irgendwann in die Büsche geschlagen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das ist im Nachhinein ein ganz großer Fehler für diese Region und den Hahn gewesen.

#### (Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, ich komme zu Ihrer Fragestellung bezüglich der Unterstützung auch eines neuen potenziellen Käufers. Sie kennen den Prozess seit 2011, der uns – ausgelöst durch die Europäische Kommission – zum Handeln gezwungen hat, und zwar 2012, 2014, 2015 und jetzt. Wir haben in sehr großer Übereinstimmung mit der Europäischen Kommission diesen Prozess auf den Weg gebracht. Es ist ein transparenter und offener Prozess, über den wir so oft miteinander gesprochen haben, dass mir gar nicht mehr die Anzahl einfällt. Wir haben in einem Leseraum alle Daten zur Verfügung gestellt. Wir hatten zu Beginn dieser Gesetzgebungsdebatte eine Ausschusssitzung von drei Ausschüssen, in der wir über Stunden hinweg sehr intensiv miteinander gesprochen haben.

Sie haben sich schon in der Vergangenheit diesen Entscheidungen, die notwendig waren, um den Hahn zu positionieren, verweigert. Es war ein großer Fehler, bei dem Nachtragshaushalt mit Nein zu stimmen; denn das hat großes Vertrauen in der Region zerstört.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war ein Fehler.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So war das! Genauso war das!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie negieren immer wieder die Vorgaben der Europäischen Kommission. Das können Sie untereinander so halten. Tatsächlich sind diese Flughafenleitlinien europäisches Regelwerk. Diese sagen: Es ist ein transparentes, offenes und bedingungsfreies Verfahren abverlangt. – Damit haben wir die KPMG beauftragt. Das wurde auch so durchgeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einem weltweiten Ausschreibungsverfahren haben sich drei Unternehmen beworben. Das sind die drei Unternehmen, mit denen wir sprechen können. Eines hat sich aus unserer Sicht als bester Bieter dargestellt.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

- Herr Licht, die Unternehmen, die Sie in diesen Tagen noch einmal als Wunschvorstellung beschrieben haben, kann man sich nicht schnitzen. Es gibt diese Bewerbungen. Damit gehen wir konstruktiv um, um dort oben am Hahn eine Zukunft für die Menschen, die dort arbeiten und wirtschaftlich vom Hahn abhängig sind, auf den Weg zu bringen. Wir haben diese Rahmengebungen der Europäischen Kommission zu beachten. Das kann keiner zu einer Notverkaufssituation oder sonst etwas definieren. Das geht nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Klöckner, natürlich ist das ein internationaler komplizierter Prozess. Ich habe Ihnen die Rahmenbedingungen genannt. Es ist manchmal ein zäher und mühsamer Weg. Schauen Sie sich einmal auf der Homepage Ihre Antwort an. Sie sind noch nicht einmal auf die eigene Überschrift eingegangen. Das wollen wir!

- 1. Wir treten weiterhin für eine 24-Stunden-Genehmigung ein
- 2. Wir bekennen uns zur Weiterentwicklung des Flughafens Hahn.
- 3. Ausbau zu einem Luftverkehrszentrum.
- 4. Die bauliche Erschließung der dazu notwendigen Flächen ist zu entwickeln und umzusetzen.
- 5. Veränderung im Landesentwicklungsprogramm LEP IV hin zu einem Entwicklungsraum Hahn.

Meinen Sie, dass Sie damit international umgehen können? Selbst wenn man das interpretieren würde – ich habe nicht ein Wort weggelassen –, glauben Sie, dass man das ohne Millionenunterstützung des Staates tun kann? Die Europäische Kommission hat ausdrücklich gesagt, dass diese bis 2024 erlaubt sind. Wir geben diesem Käufer die Gelder, nämlich Betriebs- und Investitionsbeihilfen, wenn überhaupt, immer nur nachträglich nach der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will noch einmal feststellen: Die CDU kritisiert hart. Das ist für eine Opposition in Ordnung. Sie greift Personen und Persönlichkeiten an. Dazu kann man sich sein eigenes Bild machen.

Frau Klöckner, wir haben heute beide eine ganz ordentliche Bewertung in der RHEINPFALZ bekommen. Damit können wir ganz zufrieden sein. Wenn es aber um die Frage geht, wie die Regierungschefin beurteilt wird, nämlich die Haltung, die klare Linie und die Entscheidungsfreudigkeit, dann liegen doch Unterschiede zwischen Ihnen, in dem Fall mir und unserer Regierungschefin.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich darüber wirklich sehr, wenn die Menschen Frau Dreyer und der Regierung vor und nach der Wahl vertrauen. Wir haben vor der Wahl nichts anderes gesagt als das, was wir jetzt auf den Weg bringen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einmal darum bitten: Lassen Sie uns überlegen, ob es nicht doch eine gemeinsame Gesprächskultur und Gesprächsbasis gibt, um zu überlegen, ob man einen solchen ambitionierten Prozess gemeinsam hinbekommen kann. Alles, was ich aus Hessen höre, ist, dass man dort vor einer Wahl, ohne diesen Ausschreibungsweg zu gehen, zumachen möchte. Ich verweise auf Kassel-Calden. Unser Weg ist mühsamer und schwieriger. Er soll dieser Region helfen. Wir hoffen, dass wir das auch gemeinsam

hinbekommen. Wir haben uns auf diesen Weg begeben. Dafür kann man uns kritisieren. Seien Sie aber vorsichtig mit der Art der Kritik an Personen und Persönlichkeiten, wie Sie diese Kritik geäußert haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Hendrik Hering:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe der Robert-Koch-Schule Linz am Rhein. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion hat Frau Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner das Wort.

#### Abg. Julia Klöckner, CDU:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in diesem Landtag schon einmal aufgefordert worden, mutig einem Vorschlag der Landesregierung zu folgen, nämlich beim Zukunftskonzept Nürburgring.

(Beifall der CDU)

Seitdem wir das erlebt haben, sind wir bei allen Aufforderungen, mutig und blind den Versprechungen einer Landesregierung zu folgen, skeptisch. Warum? Wir sind deshalb skeptisch, weil wir uns nicht nur zur eigenen Umfrage bekennen, sondern wir bekennen uns zu der Verantwortung, dass das Steuergeld vor und nach der Wahl ordentlich verwaltet werden will. Deshalb stellen wir diese Fragen.

(Beifall der CDU und der AfD)

Herr Minister Lewentz bedankte sich für das Bekenntnis zur Region. Das war kein eindeutiges Bekenntnis zur Region, sondern ein eindeutiges Bekenntnis.

Herr Schweitzer, diesen Satz schreibe ich mir auf. Sie haben gesagt, es gäbe keine Alternative zu diesem Investor. Was Sie abgegeben haben, ist ein Bekenntnis zu einem Phantom-Investor und zu einer Pappkartonfirma, die keiner vor Ort in Shanghai kennt. Sie sagen, das ist ein Bekenntnis.

(Beifall der CDU und der AfD)

Ich sage Ihnen: Mein Auftrag als direkt gewählte Abgeordnete, die auch Bürgerinnen und Bürger vertritt, die Steuern zahlen, ist es, zu schauen, was mit Geldern geschieht, die wir auch für die Schule, für die Polizei und die Kitas brauchen. Geschieht da wieder das, was wir am Nürburgring erlebt haben? Finden Sie es wirklich falsch, wenn wir Fragen haben?

Sie haben vielleicht keine Fragen. Ich meine, es wurde von der FDP ein Bekenntnis und Zuversicht verlangt. Mich interessiert schon, wie Sie die Zuversichtsworte Ihres Vorsitzenden vor der Wahl interpretieren würden. Vielleicht gibt es da auch so ein Wörterbuch wie für das "Versem-

meln". Sie sprachen von Rudis Reste-Rampe. Vielleicht heißt es heute Rogers Reste-Rampe. Ich weiß es nicht, was Sie finden. Wie schnell kann sich eine FDP in ihrer Sichtweise drehen?

(Beifall der CDU und der AfD – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sagen Sie doch einmal, wie das ordentliche Vorgehen ist. Uns wurde ein Gesetz mit Anlagen vorgelegt, die erst gar nicht vorlagen. Diese Ministerpräsidentin hat uns ein nicht öffentliches Gesetz vorgelegt.

Ich sage Ihnen: Wir haben Fragen. Haben die Mitarbeiter eine sichere Zukunft? Gibt es für uns Haftungsrisiken? Was passiert, wenn dieser Flughafen weiterverkauft wird?

(Glocke des Präsidenten)

Das ist redlich. Das ist nicht unanständig. Das erwarte ich von Ihnen, weil Sie seit dem Nürburgring eigentlich auch dazugelernt haben müssten.

(Beifall der CDU – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Schweitzer das Wort.

#### Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Klöckner, zunächst einmal ein Wort an Sie, damit es gleich klar ist. Es ist völlig in Ordnung. Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, weil es genau Teil und Wesens des Verfahrens ist, in das wir uns gemeinsam begeben haben, dass Fragen gestellt werden. Das ist doch die Aufgabe von uns allen. Da sind wir auch zusammen. Jeder muss sich die Fragen stellen, und jeder muss auch der Regierung die Fragen stellen, die er oder sie persönlich beantwortet haben muss, um am Ende die Entscheidung zu treffen. Genau das ist der Kern dieses transparenten Gesetzgebungsverfahrens.

Ich bin sehr froh, dass Sie genau das hervor- und herausgearbeitet haben.

Genau darum ist es wichtig, dass wir diese Möglichkeit haben und uns nicht die Hessen zum Vorbild nehmen, die nach einer Ministerratsentscheidung mal eben in eine nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gegangen sind, und dann haben sie einen Haken dahinter gemacht. Wo Sie doch sonst immer so gerne nach Hessen zeigen, scheint es Ihnen heute unangenehm zu sein, liebe Frau Kollegin Klöckner.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Die Hessen zahlen auch keine 60 Millionen Euro! – Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Liebe Frau Kollegin, ich will Ihnen sagen, es war doch kein Zufall, dass sich alle drei Redner der Ampel vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen mit der CDU-Opposition die Frage gestellt haben: Wann endlich bekennt sich die CDU zu ihrer Verantwortung für die Region und für dieses enorme Infrastrukturprojekt, für über 2.500 Arbeitsplätze?

Liebe Frau Kollegin, es ist natürlich so, dass Sie sagen, wir machen uns hier einen schlanken Fuß.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Das haben Sie schon bei anderen Themen gemacht. Ich erinnere an die Diskussion, die wir zum Nationalpark hatten.

(Zuruf des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

Ich erinnere an die Diskussion, die wir zur letzten Haushaltsaufstellung hatten. Damals haben Sie laut in Ankündigung gebracht, dass Sie einen eigenen Haushaltsentwurf vorlegen werden. Am Ende ist nichts daraus geworden, zumindest nichts, was man irgendwie seriös hätte aufnehmen können.

Deshalb, liebe Frau Kollegin: Diese Verantwortung, die Sie haben, kann Ihnen keiner abnehmen, auch wenn Sie in die Region kommen.

(Zurufe der Abg. Dr. Adolf Weiland und Arnold Schmitt, CDU)

Ich appelliere an die CDU, natürlich kritisch mit den Dingen umzugehen – das ist unsere Verantwortung –,

(Zurufe des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

sich aber am Ende auch zu fragen: Was haben wir den Menschen im Hunsrück, in der Region anzubieten, außer leeren Phrasen?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sie haben überhaupt nichts anzubieten!)

Sie haben eine Verantwortung, und Sie haben heute keine Alternative gezeigt.

(Glocke des Präsidenten)

Sie werden womöglich, wenn es so weitergeht – diese Befürchtung muss ich haben –, auch für die Zukunft keine Alternative haben. Liebe Frau Kollegin Klöckner, als Geist, der stets verneint, hier aufzutreten, ist zu wenig. Dass es zu wenig ist, hat nicht nur die Umfrage, sondern auch das Wahlergebnis deutlich gezeigt. Das muss ich Ihnen schon noch mit auf den Weg geben.

(Zurufe von der SPD)

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Julia Klöckner, CDU: Es ist ja nicht euer Geld! – Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Dr. Bollin-

ger das Wort.

#### Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Innenminister, sehr geehrte Herren Fraktionsvorsitzende der regierungstragenden Fraktionen, ich glaube, hier wird etwas durcheinander geworfen. Wir alle hier möchten Arbeitsplätze erhalten, und wir möchten alle privatisieren. Nur haben Sie, die Landesregierung, uns in die Situation gebracht, einem Notverkauf zustimmen oder ihn ablehnen zu müssen, bei der wir nur zwei üble Alternativen haben.

Das haben Sie zu verantworten. Sie haben zu spät verkauft, deutlich zu spät. Sie haben Ihre Sorgfaltspflichten verletzt, indem Sie keinerlei Prüfung außerhalb des Kaufpreises durchgeführt haben. Das ist in der Anhörung deutlich geworden.

(Abg. Martin Haller, SPD: Was?)

Jetzt sind wir in dieser Situation. Jetzt können wir dem Gesetz nur zustimmen oder es ablehnen.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Dann ist es auch unlauter, wenn uns jetzt vorgehalten wird, wir müssten Vorschläge machen. Was wir tun werden, ist, Fragen zu stellen, Herr Schweitzer. Das werden wir weiterhin tun. Dann werden wir sehen, wie dieser Prozess weitergeht.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Köbler das Wort.

#### Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es nach BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihren Vorschlägen von 1993 gegangen wäre, würden jetzt nicht über die Veräußerung eines Flughafens reden, sondern über einen florierenden Hochschulcampus am Hahn.

(Zurufe von der SPD und CDU)

Das war nämlich damals der Vorschlag der grünen Landtagsfraktion. Sie sehen, wir haben den Regionalflughafen, über den wir heute reden, ich sage jetzt einmal, politisch nicht geboren, aber wir haben die Verantwortung dafür übernommen.

Frau Klöckner, vielleicht muss ich Ihnen das noch einmal kurz vor Augen führen, wir haben 2011 in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass wir die Dauersubventionierung mit Steuermitteln von Regionalflughäfen in Rheinland-Pfalz beenden wollen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: 160 Millionen!)

Wir haben bereits im Jahr 2013, damals mit dem Nachtragshaushalt, die entsprechenden Grundsatzbeschlüsse gefasst, was die Restrukturierung, Entschuldung und die ersten Schritte in den Veräußerungsprozess angeht. Das ist 2014 auf Basis der EU-Flughafenleitlinien fortgesetzt worden. Wir haben im Jahr 2015 mit dem Haushalt 2016 alle haushalterischen und finanzwirksamen Voraussetzungen getroffen, um den Veräußerungsprozess und die Übergangszeit entsprechend finanziell zu unterlegen.

Ich will noch einmal daran erinnern, das war kein einfacher Prozess. Es ist in das Unternehmen hineingegangen worden. Es sind Arbeitsplätze weggefallen. Wir erinnern uns an Presseberichterstattung, harte Auseinandersetzungen in diesem Hause, aber es ist gelungen, im operativen Ergebnis eine Verbesserung von ungefähr 7 bis 8 Millionen Euro pro Jahr an Steuermitteln hinzubekommen.

Wir hatten 2002 bereits ein Defizit von 20 Millionen Euro. Jetzt tun Sie doch nicht so, als wäre die Verausgabung von Steuermitteln für den Hahn durch die Veräußerung des Hahn bedingt. Das Gegenteil ist doch der Fall. Dieser Veräußerungsprozess, dieser Privatisierungsprozess macht gerade ein Ende mit der Unterstützung für Regionalflughäfen durch Steuermittel.

(Zuruf des Abg. Thomas Weiner, CDU)

Bitte verdrehen Sie an dieser Stelle doch nicht die Geschichte, Frau Klöckner.

Letztlich muss man doch auch sagen, die Frage, was dieser Investor bringt, ist eine schwierige Frage. Sie ist aber bei einem diskriminierungsfreien Veräußerungsverfahren nach dem EU-Beihilferecht nicht zu beurteilen.

Die Frage, ob jemand aus China oder Luxemburg kommt, sagt noch gar nichts darüber aus, ob er solvent ist oder nicht, Herr Billen.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Ob wir Deutschen aber die besseren Flugzeugbauer und -betreiber sind, wage ich zu bezweifeln, wenn ich nur zum Flughafen Berlin-Brandenburg schaue.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Sie müssen nicht KPMG glauben. Sie müssen nicht der EU-Kommission glauben. Sie müssen schon gar nicht dieser Landesregierung glauben, das nicht.

Liebe Frau Klöckner, ich frage mich aber, warum sich das schwarz-grüne Hessen auf der gleichen Informationsgrundlage entschieden hat, seine Anteile zu verkaufen.

> (Glocke des Präsidenten – Zurufe der Abg. Julia Klöckner, Christian Baldauf und Martin Brandl, CDU)

Sie scheinen zu sagen, es ist besser, in die Privatisierung zu gehen, als weitere Steuermittel zu riskieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und bei der SPD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Gibt es weitere Wortmeldungen zu dieser Aktuellen Debatte? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit kommen wir zum dritten Teil der

#### **AKTUELLEN DEBATTE**

Verschobene Abstimmung im Bundesrat über die Erweiterung der Sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Tunesien und Marokko; Abstimmungsverhalten der Landesregierung von Rheinland-Pfalz

auf Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/142 –

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der AfD, Herr Junge.

#### Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste! Algerien, Marokko und Tunesien kommen vorerst nicht auf die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten. Der Bundesrat hat am Freitag die Abstimmung über die Einstufung vorerst vertagt, nicht zuletzt deshalb, weil Rheinland-Pfalz sich enthalten will, was de facto einer Ablehnung gleichkommt. Die Grünen werten das als Erfolg für sich. So weit die aktuelle Ausgangslage.

Meine Damen und Herren, eine verantwortungsvolle, realistische und effektive Asyl- und Migrationspolitik muss Missbrauch verhindern und falsche Anreize abbauen.

#### (Beifall der AfD)

Die Blockade der Anerkennung der Maghrebstaaten als sichere Herkunftsstaaten durch die Ampelkoalition ist demgegenüber aber absolut kontraproduktiv. Sie senden damit insbesondere an die jungen Menschen das falsche Signal und erzeugen einen fatalen Sogeffekt, der nicht nur falsche Hoffnungen weckt, sondern darüber hinaus diesen Ländern die wirtschaftliche Zukunft raubt, nämlich ihre Jugend.

Die Anerkennungsquoten der Asylanträge aus diesen Staaten liegen zwischen 0,5 % und 2,2 %. Im vergangenen Jahr erhielten nur zwei Antragsteller aus diesen Ländern Asyl nach Artikel 16a. Zudem wurde nur insgesamt 53 Bürgern dieser Länder Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention oder subsidiärer Schutz gewährt. So lautet die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken.

Das BAMF selbst belegt mit konkreten und extrem niedrigen Anerkennungszahlen, dass ein weiterer Zustrom für die Betroffenen nicht nur hochgradig gefährlich, sondern auch aussichtslos ist.

Meine Damen und Herren, in Tunesien und Marokko verbringen deutsche Familien die schönsten Wochen des Jahres und machen Urlaub. Warum sollten wir dorthin nicht wieder abschieben?

(Beifall der AfD)

Jetzt werden Sie sagen – und ich kenne Ihre Argumentation –, dass Homosexuelle bzw. Homosexualität in diesen Ländern unter Strafe stehen – das ist richtig –, verschweigen aber, dass in den letzten Jahren so gut wie keine Strafverfolgung mehr stattgefunden hat. Ich habe das prüfen lassen.

Es gibt auch keine belastbaren Zahlen, wie viele Asylsuchende hier im Land aus diesem Grund nicht abgeschoben werden können. Der Schnitt liegt in diesen Ländern bei ca. 2 % der Gesamtbevölkerung.

Einzelne – das gebe ich Ihnen gerne zu – tatsächlich Betroffene sind natürlich zu berücksichtigen. Daraus aber einen generellen Abschiebehinderungsgrund zu konstruieren, ist unverhältnismäßig.

Mit der Verweigerungshaltung der Landesregierung setzen Sie das Leben Tausender Migranten aufs Spiel, die sich durch Ihr Handeln ermutigt fühlen, die lebensgefährliche Reise über das Meer dennoch anzutreten und in großer Zahl völlig sinnlos ertrinken.

(Beifall der AfD)

Daran tragen Sie mit Ihrer Enthaltung künftig eine Mitverantwortung, meine Damen und Herren der Ampelkoalition.

> (Beifall der AfD – Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Völlig abstrus!)

Nun gut, wenn Ihnen schon das Schicksal dieser Flüchtlinge, lassen Sie mich sagen, gleichgültig ist – was es sicherlich nicht ist –, sollten Sie sich zumindest Ihrer Verpflichtung gegenüber dem eigenen Bürger bewusst sein; denn einem aktuellen BKA-Bericht zufolge sind gerade Zuwanderer aus dem Maghreb bei Kriminalität um ein Zehnfaches gegenüber anderen Migranten überrepräsentiert.

(Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD: Pauschalisierung!)

Bei den sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht sind Straftäter aus dieser Region besonders in den Fokus der Ermittler geraten. Von den derzeit 19 namentlich bekannten Tatverdächtigen stammen nach Angaben der Polizei – nicht nach unserer Wunschvorstellung – mindestens 13 aus dem Maghreb.

Wer sich unter dem Deckmäntelchen der Schutzbedürftigkeit und unter Mithilfe von SPD, Grünen, Sozialverbänden und, das sage ich auch, Kirchen und jetzt auch der Landesregierung in unserem Land rechtswidrig einschleicht, dann als Gast kriminell wird und unsere Töchter belästigt, muss zum Schutz der eigenen Bürger unser Land schnellstmöglich wieder verlassen.

(Beifall der AfD)

Natürlich ist die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Maghrebstaaten eine weitere Hürde. Das sehen wir auch.

Ich bin aber sicher – und glauben Sie mir, ich habe da meine Erfahrung als Verhandlungsführer –, mit einer Mischung aus massivem Druck und Hilfe vor Ort wird man eine Lösung finden. Ohne eine rechtliche Grundlage aber, wie es der Bundestagsbeschluss auch darstellt, ist es eben aussichtslos.

Wenn in diesem Parlament grüne Realitätsverweigerer, gerade einmal mit sechs Abgeordneten vertreten, das Abstimmungsverhalten eines ganzen Landes in einer so elementar wichtigen Frage dominieren und bestimmen, hat das mit einer repräsentativen Demokratie nichts mehr zu tun.

(Beifall der AfD)

Die FDP sei an dieser Stelle nur an ihre Wahlkampfaussagen und vollmundigen Verlautbarungen zu diesem Thema erinnert.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Wissing, nehmen Sie es mir nicht übel: Sitzen Sie überhaupt noch am Kabinettstisch, oder werden Sie bei wichtigen Entscheidungen zum Joggen geschickt?

(Beifall der AfD)

Wir erwarten – letzter Satz, Herr Präsident – im Namen unserer Bürger,

(Zuruf der Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD)

dass die Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber dem Wähler gerecht wird und ihre Verweigerungshaltung in dieser Frage aufgibt und der Mehrheitsmeinung der Bürger folgt.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der AfD)

#### Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Haller das Wort.

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Guter Mann!)

#### Abg. Martin Haller, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir durften gerade einen Einblick in das erschreckende Weltbild der Kolleginnen und Kollegen der AfD bekommen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Uwe Junge, AfD: Realismus!)

Die Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion werden in dieser Debatte erleben, dass sie in diesem Haus mit diesem Weltbild komplett alleine sind.

> (Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Ich beziehe mich deshalb auf den Titel Ihrer Aktuellen Debatte, "Verschobene Abstimmung im Bundesrat über die Erweiterung der Sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Tunesien und Marokko; Abstimmungsverhalten der Landesregierung von Rheinland-Pfalz".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bundestag, das heißt, insbesondere die Große Koalition aus CDU und SPD, hat am 13. Mai 2016 einen Gesetzentwurf der Bundesregierung beschlossen, der die Anlage 2 des deutschen Asylgesetzes ändern soll. Konkret geht es dabei darum, die Länder Tunesien, Marokko und Algerien, also ein Teil der sogenannten Maghrebstaaten, in die Liste sogenannter sicherer Herkunftsstaaten aufzunehmen. Auf dieser Liste befinden sich bisher die Länder Albanien, Bosnien-Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien.

Warum will die Bundesregierung die Einstufung als sicheres Herkunftsland? Diese Entscheidung ermöglicht es den Entscheiderinnen und Entscheidern beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, einen Asylantrag gemäß § 29a des Asylgesetzes in Verbindung "unbegründeter Antrag auf Asyl" mit weniger verwaltungstechnischem Aufwand daher schneller abzulehnen.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht übernimmt den Vorsitz)

Die Bundesregierung und der Bundestag wollen damit von einer Möglichkeit Gebrauch machen, die Artikel 16a Abs. 2 des Grundgesetzes ausdrücklich zulässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit war auch vollkommen klar, dass es zu einer Abstimmung im Bundesrat kommen muss; denn Artikel 16a Abs. 2 Grundgesetz bestimmt, dass es sich bei der Aufnahme eines Staates auf die besagte Liste um ein Zustimmungsgesetz handelt.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wissen wir alles schon!)

 Offensichtlich wissen Sie es nicht, darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Doch! Sagen Sie einmal etwas Neues!)

Das bedeutet, dass das Gesetz zur Wirksamkeit zwingend der Zustimmung des Bundesrats bedarf.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Stimmen Sie zu!)

Die Abstimmung über das Gesetzesvorhaben stand dann auch auf der vorläufigen Tagesordnung des Bundesratsplenums vom 17. Juni 2016, wurde dann jedoch durch Beschluss von eben dieser abgesetzt. Dies geschah auf Bitten des Chefs des Bundeskanzleramtes, Herrn Peter Altmaier.

Es ist demnach nicht zu einer Abstimmung über das Gesetzesvorhaben gekommen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Warum denn? Ei!Ei!Ei! – Abg. Julia Klöckner, CDU: Herr Kollege Haller, jetzt aber!)

Man darf sich deshalb auch fragen, weshalb die AfD hier das Abstimmungsverhalten der Landesregierung thematisiert.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ich rufe Herrn Altmaier gleich einmal an! – Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Als würde der Altmaier ans Telefon gehen, wenn der Baldauf anruft!)

 Herr Baldauf, Sie können an dieser Stelle ganz ruhig bleiben.

Generell ist zu bemerken, dass ein Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Ministerrat am 14. Juni festgelegt wurde. Es gab und gibt Vorbehalte gegen den aktuellen Regelungsinhalt des Gesetzes. Dies ist nicht nur bei unserer Landesregierung der Fall, sondern auch bei zahlreichen weiteren Landesregierungen. Das Ergebnis im Bundesrat war damit für die Bundesregierung zumindest zu erahnen.

(Zuruf von der AfD: Ja! Nicht durchsetzen können!)

Die Grundlage eines möglichen Abstimmungsverhaltens unserer Landesregierung ist im Koalitionsvertrag öffentlich einsehbar: Sofern in Fragen, die nach Auffassung eines Koalitionspartners von grundsätzlicher Bedeutung sind, eine Einigung nicht erzielt werden kann, wird sich das Land der Stimme enthalten.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Bitte zur Sache!)

Generell muss ausgeführt werden, dass wir uns gewünscht hätten, dass die Bundesregierung, insbesondere der Chef des Bundeskanzleramtes, früher begonnen hätte, für das Vorhaben in den Ländern zu werben und entsprechende Gespräche aufzunehmen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU – Zuruf von der CDU: Ach! – Abg. Julia Klöckner, CDU: Vor der Landtagswahl!)

– Liebe Frau Klöckner, wir müssen doch realistisch bleiben. Die Realität ist, dass gar nicht mit allen Ländern gesprochen wird. Das kann es doch nicht sein. Sie wollen die Zustimmung im Bundesrat und lassen es fahrlässig scheitern.

> (Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU – Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Das muss Herr Altmaier das nächste Mal strukturierter und einfach besser vorbereiten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf aus dem Hause: Huii!)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Haller.

Als Nächstes hat für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Adolf Kessel das Wort.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Das ist ja krass, dass man die Überzeugungen nach der Wahl verliert!)

#### Abg. Adolf Kessel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eigentlich sollte der Bundesrat in Berlin am vergangenen Freitag einen weiteren Baustein in der Asylpolitik der Großen Koalition auf den Weg bringen.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU – Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Algerien, Tunesien und Marokko sollten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Doch die geplante Abstimmung wurde wegen des Widerstands der Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung wie bereits vor der Landtagswahl am 13. März erneut verschoben.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau!)

Sehr geehrte Damen und Herren der rheinland-pfälzischen Landesregierung, nun spielen Sie wieder einmal auf Zeit und blockieren eine wichtige politische Entscheidung.

(Beifall der CDU und des Abg. Martin Schmidt, AfD)

Mit Ihrer angekündigten und im Ministerrat schon beschlossenen Enthaltung, die abstimmungstechnisch einem Nein gleichkommt, zeigen Sie Ihren eigenen Parteigenossen im Bund die Rote Karte,

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: So ist es!)

nur weil Sie sich in dieser Frage mit Ihrem kleinsten Koalitionspartner in Rheinland-Pfalz nicht grün sind.

(Beifall der CDU und der AfD)

Das ist sehr bedauerlich, da Sie mit Ihrer Verweigerungshaltung das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik beschädigen

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ist mit der CDU in Hessen? – Abg. Christian Baldauf, CDU: Habt ihr keine eigene Meinung?)

und weiterhin falsche Signale in die betroffenen Herkunftsländer senden.

(Beifall der CDU)

Sie können nicht die Flüchtlingspolitik unserer Kanzlerin vollmundig loben und, wenn es darauf ankommt, mit beiden Füßen auf der Bremse stehen.

(Beifall der CDU)

Die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus den drei Maghreb-Staaten ist äußerst gering. Nur ein halbes Prozent der Antragstellungen aus Tunesien werden aktuell anerkannt, aus Marokko sind es 2,2 % und bei den Asylbewerbern aus Algerien lediglich 1,4 %. Das liegt daran, dass die Menschen aus den Maghreb-Staaten zum ganz überwiegenden Teil aus asylfremden, zumeist aus wirtschaftlichen Gründen, nach Deutschland kommen. Dementsprechend gering sind deren Bleibechancen; denn Armutsmigration – das sage ich noch einmal deutlich an die Adresse der Grünen – ist kein Menschenrecht.

(Beifall der CDU und bei der AfD – Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darum geht es doch überhaupt nicht! Informieren Sie sich doch erst einmal, bevor Sie reden!)

Die Bearbeitung von Asylanträgen, die absehbar negativ beschieden werden, kostet Zeit und Geld und belastet die Behörden unnötig.

(Beifall der CDU)

Im Falle einer entsprechenden Einstufung der drei nordafrikanischen Staaten könnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schneller über die annähernd 100 % unbegründeter Anträge entscheiden

> (Beifall der CDU – Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich denke, es ist alles gut beim BAMF?)

mit der Konsequenz, dass die Bundesländer so schneller Rechtssicherheit bekämen, zügig zurückführen könnten und dadurch mehr Kapazitäten und Zeit für die Betreuung und Integration von berechtigten Asylbewerbern und Flüchtlingen zur Verfügung stünden. Zudem würde damit ein deutliches Signal an die Menschen in ihren Herkunftsländern gesendet. Die dort lebenden Menschen machen sich nicht auf den Weg, wenn sie wissen, dass ihre Bleibechancen gering sind und sie innerhalb kürzester Zeit wieder zurückgeführt werden.

Das alles sind also gewichtige Gründe, der Gesetzesvorlage im Bundesrat zuzustimmen. Als Hauptargument gegen die Einstufung von Marokko, Tunesien und Algerien als sichere Herkunftsländer wird die Verfolgung von Minderheiten in den besagten Maghreb-Staaten angeführt.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Völlig zu Recht!)

Das mag auf den ersten Blick eine berechtigte Perspektive sein, allerdings ist es schlichtweg falsch zu behaupten, Verfolgte aus diesen Staaten hätten keine Chance mehr, Asyl zu erhalten, wenn eine entsprechende Einstufung erfolgt, Herr Dr. Braun. (Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Christian Baldauf, CDU: Flüchtingskonvention!)

Auch nach der Einstufung als sicheres Herkunftsland können individuelle Verfolgungsgründe jederzeit geltend gemacht werden. Jeder, der politisch oder aufgrund seiner Neigungen verfolgt wird, erhält auch weiterhin Asyl in Deutschland. Niemand muss trotz Verfolgung in seinem Herkunftsland zurückkehren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Dorothea Schäfer, CDU: So ist es!)

Nur die Beweislast wird umgedreht, das heißt, der Antragsteller muss seine Verfolgungssituation glaubhaft darlegen und nachweisen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Schutz des Asylrechts im Falle einer Verfolgung bleibt also in jedem Fall gewahrt.

(Abg. Dorothea Schäfer, CDU: Genau!)

Seit 1. Juni hat Rheinland-Pfalz die Bearbeitungszuständigkeit für Flüchtlinge und Asylbewerber aus Algerien und Marokko. Das heißt, für Rheinland-Pfalz gilt nicht mehr wie vor der Wahl, dass Rheinland-Pfalz davon nicht betroffen ist

Wer die hierzu notwendigen Maßnahmen im Bund aber blockiert, wird unglaubwürdig.

(Beifall der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Eine solche Haltung trägt nicht dazu bei, Überfremdungsängste in der Bevölkerung abzubauen, sondern ist vielmehr Wasser auf die Mühlen derer, die sich diese Ängste der Menschen zunutze machen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist aber ein seltsames Argument!)

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, deshalb fordere ich Sie auf, legen Sie Ihre innerkoalitionären Dissonanzen bei, und verhindern Sie nicht dringend gebotene Maßnahmen der Flüchtlingspolitik. Machen Sie nicht den gleichen Fehler wie im vergangenen Jahr, als Sie der Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer auf die Balkanstaaten im Bundesrat blockierten.

(Beifall bei der CDU)

Stimmen Sie der Aufnahme der drei Maghreb-Staaten in die Liste der sicheren Herkunftsländer zu. Das wäre ein wichtiges Signal für die Menschen in den betroffenen Ländern, aber auch für die Menschen in unserem Land, die von ihren Volksvertretern erwarten, dass sie den Zielkonflikt zwischen der Politik der offenen Arme und den Grenzen der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft im Sinne einer humanitären, aber differenzierten Flüchtlingspolitik lösen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kessel. Sie haben für die CDU-Fraktion gesprochen.

Als Nächstes erteile ich Herrn Abgeordneten Roth von der Fraktion der FDP das Wort. – Bitte schön, Herr Roth.

#### Abg. Thomas Roth, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Freien Demokraten haben in Bezug auf die Maghreb-Staaten eine ganz klare Position. Aber darum geht es in dem vorliegenden Antrag dem Grunde nach nicht. Die Frage ist doch, warum musste die Abstimmung eigentlich verschoben werden.

(Abg. Martin Haller, SPD: Richtig!)

Ob "Wir schaffen das", "Plan A2" oder die Anerkennung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer, die Union bekommt es nicht "gebacken".

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Martin Haller, SPD: Richtig!)

Seit über einem Jahr ist die Frage des Umgangs mit den Flüchtlingen, die zu uns nach Deutschland kommen, das beherrschende Thema, und über keine andere Frage wird in der Gesellschaft und Politik beherzter und kontroverser diskutiert.

Vor diesem Hintergrund ist es schon sehr erstaunlich, dass die CDU-geführte Bundesregierung einen derart hastig vorbereiteten Antrag in den Bundesrat einbringt, ohne sich vorher mit den Positionen der Länder zu beschäftigen oder Kompromisslösungen zu formulieren.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Was sagt Herr Lindner in Nordrhein-Westfalen dazu? – Abg. Julia Klöckner, CDU: Herr Lindner sagt etwas anderes!)

Dies hätte geschehen müssen; denn die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat sollten auch dem Kanzleramtsminister bekannt sein.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Es ist doch nicht Aufgabe der Landesregierung, sich zum Flickschuster einer schlecht vorbereiteten Bundesregierung zu machen.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: So ist das!)

Verehrte Frau Klöckner, da hätten Sie als stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU mit Ihren Erfahrungen dem Kanzleramt behilflich sein können. (Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Hätte, hätte! – Abg. Martin Haller, SPD: Eben!)

- Genau.

Übrigens, die CDU in Hessen und Baden-Württemberg will sich ebenfalls enthalten. – Aha. Vielleicht wäre die Bundeskanzlerin dann in der Lage gewesen, wenn sie mehr auf Sie gehört hätte, eine Mehrheit im Bundesrat zu organisieren, Frau Klöckner.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Und Herr Lindner? Was macht Herr Lindner? – Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der hält sich heraus!)

Doch so musste einen Tag vor der Abstimmung der Kanzleramtsminister – wir haben es vorhin von Herrn Haller gehört – in der Staatskanzlei anrufen, um den Abstimmungstermin zu verschieben.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Das ist eigentlich ganz schön peinlich.

So hat sich die Bundesregierung mit der Verschiebung eine Nachspielzeit erkauft, der Ball liegt jetzt im Kanzleramt. Schauen wir einmal, wie das hier weitergeht.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Martin Haller, SPD: Sehr schön! – Abg. Julia Klöckner, CDU: Herr Lindner hat eine schöne Pressemitteilung herausgegeben!)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Roth von der FDP-Fraktion.

Als Nächstes hat Herr Abgeordneter Dr. Braun von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. – Bitte schön. Herr Braun.

#### Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es hat nicht viel Sinn, uns gegenseitig vorzuwerfen, welche Partei im Bundesrat nicht mitgestimmt hat.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Weil es unangenehm ist!)

Wir haben gehört, dass es unter denen, die eindeutig entschieden haben, dass sie dem Gesetz nicht zustimmen werden, auch Mitglieder der CDU aus verschiedenen Bundesländern gab. Wir haben auch gehört – das ist hier vorgetragen worden –, dass nicht nur PRO ASYL, nicht nur die Flüchtlingsorganisationen, sondern auch die katholischen Bischöfe und auch die Evangelische Kirche Deutschlands die Länder und die Politikerinnen und Politiker gebeten hatten, diesem Gesetz nicht zuzustimmen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Die anderen sind immer die Bösen!)

Es ist also nicht so, dass das eine grüne Idee gewesen wäre, die wir uns nachts irgendwo überlegt haben, sondern es ist eine gesellschaftliche Diskussion, die ihre Berechtigung hat.

Wenn es in diesen Ländern Verfolgung gibt – Sie werden alle zustimmen, dass es Verfolgung gibt; das haben Sie hier auch getan –,

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

dann muss man sich überlegen, ob man sie als sichere Herkunftsländer betitelt oder nicht, aber allein die Betitelung als sicheres Herkunftsland macht ein Land nicht sicher.

Das ist eine schwierige Debatte.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Ich will durchaus zugestehen, dass man in die eine oder andere Richtung entscheiden kann, das heißt, diese Debatte ist nicht leicht zu führen. Diese Debatte muss aber entschieden werden.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ja, eben!)

und die Grünen in den Bundesländern haben sich dafür entschieden zu sagen, das sind keine sicheren Herkunftsländer, weil dort Journalisten, Menschen, die für Demokratie eintreten, und Homosexuelle verfolgt werden.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Das bestreitet auch niemand. Das sind Tatsachen. Deswegen glauben wir, dass man diese Staaten nicht als sicheres Herkunftsland titulieren kann.

Das heißt aber nicht, dass wir alle Menschen auf der Welt einladen, nach Deutschland zu kommen, so wie Sie das hier immer sagen. Das ist alles völliger Unsinn.

> (Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Falsche Aussage! – Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Es geht hier um Asyl, es geht darum, dass es ein Recht in Deutschland gibt, wenn man verfolgt wird, in Deutschland Asyl zu finden. Das halten wir für richtig, und das ist grundgesetzkonform.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP – Zuruf des Abg. Jan Bollinger, AfD)

Wir haben deswegen auch im Vorfeld klargemacht, dass es von zehn Ländern keine Zustimmung gibt.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Aber Herr Kretschmann meint das!)

Da sind verschiedene Länder, verschiedene Beteiligungen und verschiedene Parteien mit dabei.

Man muss aber deutlich sagen, das hat die Bundesregierung gewusst. Das hat sie schon eine Woche vorher gewusst, dass es so kommen wird. Dass man dann einen Tag vorher in die Gänge kommt und Herr Altmaier dann sagt, da fällt mir etwas ein, die stimmen nicht zu, deshalb muss ich auf die zugehen, das halte ich für ein Versagen der CDU in der Bundesregierung. Das ist ganz eindeutig. Das Bundeskanzleramt hat da versagt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Wer braucht einen solchen Menschenverstand!)

Ich denke, es gibt durchaus sinnvolle Debatten. Wir haben langfristig dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge geregelter zu uns kommen können. Das ist vollkommen klar.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Kurzfristig!)

Dagegen wehrt sich doch niemand, sondern das wollen wir doch alle. Deswegen brauchen wir ein Einwanderungsgesetz. Deswegen brauchen wir aber auch die entsprechende Regelung. Aber Abschreckung und entsprechend zu sagen, immer mehr Staaten sind sichere Herkunftsstaaten, das ist nicht zielführend für uns.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Der einzige Weg, Herr Braun!)

Deswegen haben wir da unsere Bedenken angemeldet.

Ich will aber zu einem anderen Thema kommen, und das macht mich doch sehr nachdenklich.

Herr Junge von der AfD hat vorgetragen, dass, wenn sechs Grüne in diesem Parlament, die mit in der Regierung einen Anteil stellen, dafür stimmen, dass die Regierung sich enthält – so ist es im Koalitionsvertrag nicht nur in Rheinland-Pfalz geregelt, sondern auch in anderen Bundesländern –, das nicht der repräsentativen Demokratie entsprechen würde, Herr Junge. Es steht so im Grundgesetz. Es steht so, dass ein Verfahren grundgesetzkonform ist.

Vielleicht klären Sie einmal Ihr Verhältnis zum Grundgesetz

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist einwandfrei!)

und versuchen nicht permanent, hier Ihre eigenen demokratischen, pseudodemokratischen Regeln aufbauen zu wollen.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Was im Grundgesetz steht, ist anzuerkennen, und wenn Sie das nicht wollen, dann sind Sie außerhalb des Grundgesetzes.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Dann sagen Sie es sehr deutlich, dann nehmen wir es zur Kenntnis. Aber so, wie Sie das hier vortragen, glaube ich nicht, dass Sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Klären Sie also dieses Verhältnis, das Sie zum Grundgesetz haben.

Ich will deutlich sagen, wir haben hier klare Verfahrensweisen, und die sind anerkannt, die sind in demokratischen Parteien anerkannt, und danach verfahren wir auch.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei SPD und FDP)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Braun, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Als Nächstes erteile ich dem Vertreter der Landesregierung, Herrn Staatssekretär Hoch, das Wort. – Bitte schön.

#### Clemens Hoch, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt Gesetzgebungskompetenzen des Bundes, bei denen müssen sich die Länder, wenn sie den Regelungsinhalt eines Gesetzes nicht wollen, wehren, und sie müssen aktiv dafür notwendige Mehrheiten besorgen. Und es gibt Gesetzgebungskompetenzen des Bundes, bei denen muss der Bund aktiv um Mehrheiten für seine Position werben. Zu einer solchen gehört das Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten.

Der Deutsche Bundestag hat dies am 13. Mai dieses Jahres beschlossen. Materiell-inhaltlich hat er dabei keine Veränderung gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgenommen. Es handelt sich um ein zustimmungsbedürftiges Gesetz, über das der Bundesrat Beschluss fassen muss.

Die Landesregierung hat das Stimmverhalten – wie Sie wissen – in der Ministerratssitzung am 14. Juni festgelegt und hierüber sowie über die maßgeblichen Gründe auch mit einer Pressemitteilung vom gleichen Tag informiert.

Es gibt in Teilen unserer Landesregierung sowie in vielen anderen Landesregierungen Vorbehalte gegen den aktuellen Regelungsinhalt des Gesetzes, darunter – es wurde eben ausgeführt – auch zwei B-Länder mit Hessen und Baden-Württemberg.

Neben Rheinland-Pfalz haben deshalb auch weitere Bundesländer in unterschiedlichen Koalitionen keine Zustimmung zum Gesetz vorgesehen gehabt. Rheinland-Pfalz hätte sich bei der Abstimmung – wie im Koalitionsvertrag für solche Fälle vorgesehen – enthalten.

Die notwendige Überzeugungsarbeit für eine Zustimmung zu diesem Gesetz obliegt der Bundesebene. Diese ist

dem bislang nicht erfolgreich nachgekommen, sodass im Bundesrat möglicherweise keine Mehrheit für das Gesetz zustande gekommen wäre.

Am Rande der Ministerpräsidentenkonferenz am 16. Juni hat der Chef des Bundeskanzleramts, Herr Bundesminister Peter Altmaier, aus diesem Grunde die Bitte um Absetzung des Gesetzes von der Tagesordnung der anstehenden Bundesratssitzung an die Länder adressiert. Hintergrund war der Wunsch des Bundes, Gelegenheit zu weiterführenden Gesprächen über das Gesetz und hinsichtlich der Abstimmung im Bundesrat zu erhalten.

Diesem Wunsch – das ist auch der Titel der Aktuellen Debatte – hat sich auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz nicht verschlossen und ist ihm im Rahmen der Vorbesprechung zur Bundesratssitzung am Morgen des 17. Juni gefolgt. Damit diskutieren wir jetzt in der Aktuellen Debatte schon sehr lange über eine nicht gehaltene Abstimmung.

Der Bundesrat hat nämlich am Freitag überhaupt nicht über das Gesetz beraten. Wann das Gesetz im Bundesrat erneut aufgerufen wird, ist derzeit nicht absehbar.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Warum?)

Das Gesetz ist auf dem zu Beginn der Woche übersandten Entwurf der Tagesordnung für den 8. Juli bislang nicht zur Beratung vorgesehen.

Auf Wunsch eines Landes oder der Bundesregierung kann das Gesetz in einer der nächsten Sitzungen des Bundesrates beraten werden. Das Stimmverhalten des Landes zu dem Gesetz, zu einem möglichen geänderten Gesetz, zu einem Angebot der Bundesregierung, wird somit wie üblich vor einem erneuten Aufruf im Bundesrat in unserem Ministerrat festgelegt werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär Hoch. Sie haben für die Landesregierung gesprochen.

Als Nächstes erteile ich Herrn Abgeordneten Kessel von der CDU-Fraktion das Wort. – Bitte schön, Herr Kessel. Sie haben zwei Minuten Redezeit.

#### Abg. Adolf Kessel, CDU:

Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Hoch, Sie haben eben noch einmal dargelegt – so schien es zumindest; das habe ich herausgehört –, dass noch alles offen sei. Man würde also die nächsten Tagesordnungen vom Bundesrat abwarten und dann noch einmal neu entscheiden.

Anfang des Jahres 2016 hat Frau Ministerpräsidentin schon einmal erwähnt, dass sie einer Ausweitung auf die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer zustimmen würde.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Hat sich nichts daran geändert!)

Je näher man an die Landtagswahlen kommt, ist auch da ein Meinungswechsel entsprechend erfolgt, und man hat sich dann dafür entschieden:

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Gar nicht!)

auch damals aus Rücksichtnahme gegenüber den Grünen, die Ihnen dann doch nicht so zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch etwas anderes erwähnen.

Lieber Herr Dr. Braun, Sie haben gesagt, es ist keine grüne Idee. Aber ich habe gefunden, dass in Ihren Reihen sehr wohl ein Grüner, nämlich der Umweltminister aus Schleswig-Holstein, so ein Modell schon einmal zur Rede gebracht hat. Er hat nämlich beim Beschleunigungsmodell gesagt, das in dieselbe Richtung zielt wie die Pläne der CDU-geführten Regierungskoalition im Bund --- Ja, er fasst es sogar noch weiter. Demnach sollen automatisch verkürzte Verfahren gelten, sobald die Anerkennungsquoten der Asylanträge von Angehörigen eines bestimmten Staates unter eine gewisse Schwelle sinken.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Merken Sie etwas? – Es geht nicht um sichere Herkunftsländer!)

Ich darf Herrn Habeck zitieren: "Der Status, dass Anträge offensichtlich unbegründet sind, der durch die sicheren Herkunftsländer ausgelöst wird, der ist ja nicht falsch, wenn die Anerkennungsquoten so niedrig sind."

Das sagt eben aus, dass, wenn die Anerkennungsquoten so niedrig sind, wie sie in den drei Maghreb-Staaten sind, davon auszugehen ist, dass dort keine Verfolgung herrscht und man von sicheren Herkunftsländern sprechen kann. Zum anderen hat mittlerweile auch Baden-Württemberg schon angekündigt, dem Gesetz im Bundesrat zuzustimmen.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kessel von der Fraktion der CDU. – Es hat sich dann Herr Abgeordneter Joa von der Fraktion der AfD zu Wort gemeldet.

Herr Joa, auch Ihnen stehen noch zwei Minuten Redezeit zu.

#### Abg. Matthias Joa, AfD:

Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir diskutieren schon seit Minuten, wer was wann zu wem gesagt hat. Aber ich glaube, es geht um etwas ganz anderes, es geht letztendlich um eine ganz andere Frage.

Herr Haller, Sie haben vorhin das Wort Weltbild erwähnt.

Herr Braun, Sie erwähnen oder versuchen den Eindruck zu erwecken, wir würden nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Wir müssen einmal sehen, was hier im Land passiert ist, was seit einem Jahr überhaupt läuft. Wir sehen eine ungesteuerte Masseneinwanderung aus Kulturkreisen, die unterschiedlicher zu unserem gar nicht sein können. So.

#### (Beifall der AfD)

Darüber hinaus ist es doch eine Binsenweisheit, warum die Leute alle nach Deutschland kommen wollen. Wo liegt der Grund? Der Grund liegt natürlich vor allem in finanziellen Anreizen. Das ist doch ganz klar. Es muss Ziel verantwortungsvoller Politik sein, diese Anreize zurückzufahren. Was machen Sie? Sie erleichtern die Migration noch. Sie senden die Botschaft in die Länder aus, kommt doch alle zu uns her, ihr habt doch nichts zu befürchten, im Zweifel werdet ihr auch nicht abgeschoben. Genau das sind die Botschaften.

(Beifall der AfD)

Sie locken die Menschen letztendlich an.

Wenn Sie von Ideologie sprechen, ich fühle mich persönlich – ich glaube, meine gesamte Fraktion – beleidigt, wenn Sie versuchen, uns als irgendwelche Ausländerhasser, Rassisten oder sonst etwas darzustellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Schweitzer, Sie haben sich da auch schon gut hervorgetan.

Ich selbst und sehr viele Leute bei uns haben mit Menschen aus vielen Kulturen zusammengearbeitet. Ja, es kann absolut bereichernd sein. Ich hatte Arbeitskollegen aus Südamerika, China und von überall her. Was Sie hier versuchen, ist eine illegale Armutsmigration. Sie versuchen eine moralische Überhöhung und versuchen, die anderen, die abweichender Meinung sind, auszugrenzen und zu diffamieren. So ist meine Sicht der Dinge.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Joa von der Fraktion der AfD.

Es gibt eine weitere Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Bitte schön, Herr Köbler.

#### Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn der Vorredner die Frage des Anrechts auf Asyl davon abhängig macht, wie – ich zitiere sinngemäß – ähnlich der Kulturkreis des Herkunftslandes ist,

(Zurufe von der AfD: Das hat er gar nicht gesagt!)

dann ist das eben außerhalb der Vorgaben von Verfassung und Grundgesetz und letztlich menschenverachtender Kulturchauvinismus, Herr Joa.

> (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt Beifall bei SPD und FDP – Zuruf von der AfD: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Das ist das, was Sie eben hier verkündet haben.

Das Recht auf politisches Asyl ist unabhängig davon, welchem Kulturkreis, welcher Religion, welcher Sexualität, welcher Sprache jemand angehört und woher er kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wenn ich Sie darauf hinweisen darf, wenn Sie das Bild eines mitteleuropäischen christlichen Abendlandes in irgendeiner Form sozusagen als das Anzustrebende sehen, dann will ich Ihnen sagen, dass es gerade in den Staaten, über die wir hier reden, Christinnen und Christen sind, die insbesondere von Diskriminierung und Verfolgung betroffen sind.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Auch in Asylunterkünften von Diskriminierung betroffen sind! Das verschweigen Sie!)

Herr Junge, Sie sind in gewissen Sachen überhaupt nicht konsistent. Auf der einen Seite warnen Sie vor der Islamisierung des Abendlandes, und auf der anderen Seite fällt Ihnen kein Wort dazu ein, dass beispielsweise im Land Algerien in Artikel 144 Strafgesetzbuch Blasphemie steht, dass jeder mit bis zu drei Monaten Haft belangt wird, der Beleidigung des Propheten, des gesandten Gottes, Herabwürdigung von Lehren und Glaubenssätze des Islam, und zwar durch Schriftzeichen, Erklärung und andere Mittel begeht.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das kritisieren wir natürlich!)

Was bedeutet das denn jetzt? – Es bedeutet, es gibt Verfolgung aus religiösen Gründen in Algerien von Staats wegen und per Gesetz. Sie müssen mir nicht glauben,

(Zuruf von der AfD – Glocke des Präsidenten)

aber die Bundesregierung zählt die Verfolgungsgründe in diesen Staaten auf. Die reichen von Diskriminierung von Christen, von Frauen, von der Verfolgung von Homosexuellen bis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen zwischen einzelnen Gruppen.

(Glocke des Präsidenten)

Vor allem ist die Ausreise in allen drei Ländern strafbar. Das heißt für Leute, die zurückgeschickt werden, die werden dort alle von Staats wegen verfolgt.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Unter 2 %!)

Dann überlegen Sie sich einmal, wie sicher es da eigentlich ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Köbler. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr. Damit können wir Punkt 1 der heutigen Tagesordnung – Aktuelle Debatte – abschließen.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

#### Vom Landtag vorzunehmende Wahlen

Meine Damen und Herren, wir haben Wahlen vorzunehmen. Gemäß der Absprache im Ältestenrat erfolgt die Behandlung dieser Wahlen ohne Aussprache. Ich will zu Beginn aber darauf hinweisen, dass gebeten wurde, die Tagesordnungspunkte 2 g) und i) heute noch einmal abzusetzen. Die weiteren Wahlen sind durchzuführen.

#### a) Wahl von Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/190 –

Ich darf Sie bitten, über den Wahlvorschlag abzustimmen. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das scheint einstimmig zu sein. Die Wahl ist durchgeführt.

 b) Wahl von Mitgliedern des Landtags in die Datenschutzkommission beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN

 Drucksache 17/191

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen! – Vielen Dank. Auch hier gibt es ein einstimmiges Ergebnis. Die Mitglieder der

### c) Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung

Datenschutzkommission sind damit einstimmig gewählt.

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 17/192 -

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen! – Auch hier gibt es ein einstimmiges Ergebnis. Damit sind die Mitglieder des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung einstimmig gewählt.

d) Wahl von Mitgliedern des Landtags in das Kuratorium der "Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur"

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

- Drucksache 17/193 -

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/194 –

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/193 –. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch dies ist einstimmig. Dieser Wahlvorschlag ist damit einstimmig angenommen.

Ich rufe den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/194 – auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen! – Auch dies ist einstimmig. Damit ist auch dieser Wahlvorschlag angenommen, und die Mitglieder des Kuratoriums der "Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur" sind einstimmig gewählt.

# e) Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats der Wiederaufbaukasse

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/195 –

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/196 –

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP – Drucksache 17/197 –

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/198 –

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Vielen Dank. Das war einstimmig. Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/196 – auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch dies ist einstimmig. Damit ist der Wahlvorschlag der Fraktion der AfD einstimmig angenommen.

Ich rufe den Wahlvorschlag der Fraktion der FDP – Drucksache 17/197 – auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch dies ist einstimmig. Damit ist der Wahlvorschlag der Fraktion der FDP ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe den Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/198 – auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch dieser Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Damit sind die Mitglieder des Verwaltungsrats der Wiederaufbaukasse gewählt.

#### f) Wahl von Mitgliedern des Landtags in die Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK)

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 17/199 neu -

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch dies ist einstimmig. Damit sind die Mitglieder des Landtags in die Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation einstimmig gewählt.

#### g) Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landes Rheinland-Pfalz in den Ausschuss der Regionen der Europäischen Gemeinschaft

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

h) Wahl des zu benennenden ordentlichen und stellvertretenden Mitglieds des "Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat (KGRE)" für die elfte Amtszeit 2016 bis 2020

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/200 –

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch dies ist einstimmig. Damit sind das ordentliche und das stellvertretende Mitglied des "Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat" einstimmig gewählt.

#### i) Wahl einer Vertreterin oder eines Vertreters des Landtags Rheinland-Pfalz in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/201 –

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Somit haben wir die heute durchzuführenden Wahlen abgearbeitet.

Ich glaube, wir haben auf der Tribüne neue Gäste. Wenn ich es richtig sehe, sind das die Mitglieder des VdK-Ortsverbandes Rhein-Wied. Herzlich willkommen bei uns im Plenarsaal heute in der Plenarsitzung!

(Beifall im Hause)

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Glan-Münchweiler, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 17/137 -

**Erste Beratung** 

Zwischen den Fraktionen ist eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Ich darf um Wortmeldungen bitten! – Der Kollege Hartloff von der Fraktion der SPD hat sich als Erster zu Wort gemeldet, und ich erteile ihm das Wort. Bitte schön. Herr Hartloff.

#### Abg. Jochen Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Abgeord-

neten des Wahlkreises Kusel sind sicher froh, dass dieses Gesetz vorliegt und die Fusion der drei Verbandsgemeinden Glan-Münchweiler, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr mit dem Gesetz eine Grundlage bekommen wird und dann im Kreis Kusel alle Verbandsgemeinden fusioniert sind. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen für die Kommunalreform.

Ich will Dank sagen dem Ministerium für die vorbereitende Arbeit, nicht verleugnend, dass wir in der letzten Legislaturperiode als Abgeordnete das auch schon ganz gern gehabt hätten. Wenn wir als Gesetzgeber jetzt aber schnell arbeiten, ist es möglich, dass dort die Wahlen noch in diesem Jahr stattfinden können und nicht Interimslösungen notwendig werden. Das wäre von der Sache her von allen Beteiligten gewünscht, die dort kommunalpolitisch verantwortlich sind, und von uns – ich glaube, ich kann auch für zwei Kollegen sprechen, die sich gleich selbst äußern – ist das eine ähnliche Intention.

Solche Fusionen sind keine Liebesheiraten, sondern das sind Zweckbündnisse. Sie wissen, welchen Beruf ich gelernt habe. Ich weiß, dass Zweckbündnisse oftmals viel, viel länger halten als feurige Liebesheiraten.

Die Kommunalpolitik im Kreis Kusel hat sich auf den Weg gemacht, dass das erreicht wird, was die Landesregierung schon seit einiger Zeit verfolgt, dass man, weil die kommunalpolitischen Strukturen in Rheinland-Pfalz relativ kleinteilig sind, sie neu ordnet und schaut, wie man vernünftige Größenverhältnisse bekommt. Da gibt es immer verschiedene Lösungen, wenn ich in der Begründung des Gesetzentwurfs auf Seite 89 ff. von Herrn Professor Junkernheinrich die Punktebewertungen nach einem Schema gelesen habe, wenn Bruchmühlbach und wenn Ramstein und wenn Weilerbach sich mit dem einen oder dem anderen zusammenschließen - ja, man braucht Kriterien. Es gibt verschiedene Lösungen. Es gab im Vorfeld auch die eine oder andere Verwirrung und die einen oder anderen Gespräche – wenn ich zum Kollegen Schäffner hinüberschaue –, ob man das kreisübergreifend machen kann oder nicht. Der Wunsch der Beteiligten war zuerst bei Waldmohr und Schönenberg-Kübelberg: Wir wollen gemeinsam zusammengehen.

Auf diesen Zug, der dann schon ein bisschen im Fahren war, ist dann Glan-Münchweiler etwas in der Furcht "Wir bleiben vielleicht übrig und können keinen Wunschpartner mehr finden" mit aufgesprungen. Das fügt sich vernünftig zusammen. Es gibt im Kreis Kusel dann eine Verbandsgemeinde im Norden – die wurde als erste gebildet, Lauterecken-Wolfstein –, eine in der Mitte – das Gesetz ist beschlossen, die Vollziehung kommt auch im nächsten Jahr, Altenglan-Kusel – und jetzt im Süden das die Verbandsgemeinde Oberes Glantal.

Das ist eine vernünftige Entwicklung. Die Herausforderung wird darin liegen, wie das auf der Kreisebene aussieht. Der Kreis Kusel hat dann drei Verbandsgemeinden. Da muss man sicher schauen, ob es Möglichkeiten gibt, dass man an der Grenzsituation in Kleinheit effizienter arbeiten kann, oder ob auch dort aus den Gutachten folgend Handlungsbedarf Richtung Fusion gegeben ist.

Die Landtagsfraktionen haben sich in der letzten Periode

gemeinsam auf den Weg begeben, dass solche Gutachten eingeholt werden. Als langjährig in der Kommunalpolitik und in der Landespolitik Reisender habe ich eine gewisse Skepsis dem gegenüber, was den Erkenntniswert der Gutachten anbelangt. Das werden wir aber sehen, wenn sie vorliegen. Wir werden das in aller Nüchternheit behandeln.

Ich denke, wichtig für die Bürgerinnen und Bürger ist, dass die Verwaltung, die für sie arbeitet, gut funktioniert, schnell erreichbar ist und sie gute und exzellente Arbeit machen kann. Auf diesen Weg begeben sich die Verbandsgemeinden im Süden des Kreises. Darin wollen wir sie unterstützen.

Es gibt noch ein bisschen einen Wunsch, ob man nicht den Flächennutzungsplan in der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg noch etwas später beschließen könnte. Aber da ist das Baugesetzbuch auch aus meiner Sicht davor. Dies sagt, die neue Kommune ist dann zuständig. Also gilt es, entweder noch vorher fertig zu werden, oder die neue Kommune kann das dann auch für diesen Teilbereich vollziehen, und das Geld wäre sicherlich nicht hinausgeworfen.

Ich darf die Kolleginnen und Kollegen um Unterstützung für diesen Gesetzentwurf bitten, dass wir ihn gemeinsam zügig verabschieden können.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der AfD)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Kollege Hartloff von der Fraktion der SPD. Als nächstes hat Frau Kollegin Kohnle-Gros von der Fraktion der CDU das Wort.

#### Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident Bracht von der CDU-Fraktion,

(Staatsminister Roger Lewentz: Vom Hohen Haus!)

weil er das vorher immer so nett gesagt hat.

Ich habe heute Morgen schon in meiner Fraktion gesagt, ich werde versuchen, eine Geschichte zu erzählen. Jochen Hartloff hat mit dieser Geschichte angefangen. Er hat nämlich noch einmal ganz genau dargelegt, wie diese Fusion von drei Verbandsgemeinden in einem relativ kleinen Kreis, der jetzt schon nur noch zwei Verbandsgemeinden darüber hinaus hat, nämlich schon zwei Fusionen bewältigt hat, zustande gekommen ist.

Ich will vielleicht einfach noch einmal sagen – immer in Ergänzung zu dem, was eben schon alles gesagt worden ist –, dass wir in der Verbandsgemeinde im Südkreis gerade einmal eine Verbandsgemeinde hatten bzw. noch haben, die keinen Gebietsänderungsbedarf hat. Das ist Schönenberg-Kübelberg. Das liegt jetzt allerdings völlig in

der Mitte von Verbandsgemeinden, die alle einen Gebietsänderungsbedarf haben oder schon fusioniert sind.

Als dann die Diskussion, nicht zuletzt auch von Landesseite und von der SPD, so begonnen wurde, dass man gesagt hat "Wir suchen zunächst einmal einen Partner für Bruchmühlbach-Miesau (Landkreis Kaiserslautern)", also nicht Landkreis Kusel, dann gab es natürlich schon großes Aufhorchen auch im Südkreis, was das jetzt bedeutet: Dann wird uns hier eine Verbandsgemeinde herausgeschnitten, was wird dann aus den anderen, und wo gehen die dann hin, und werden die womöglich ganz zerlegt oder sonst etwas?

Dann hat mir und sicherlich uns allen großen Respekt abgenötigt, dass die Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg auch in Person des Bürgermeisters Karl-Heinz Schoon die Sache quasi in die Hand genommen und gesagt hat: Wir möchten eigentlich gern Waldmohr im Kreis behalten. Wir möchten gern die bis dorthin schon existierende sehr gute Zusammenarbeit über die Verbandsgemeinde hinaus in unterschiedlichsten Bereichen, vom Amtsblatt angefangen bis zum Tourismus und was auch immer, eigentlich fortsetzen und uns nicht wegnehmen lassen. Das ist sozusagen unser Gewerbegebiet im eigentlichen Sinne. Da hat man dann diese Fusion noch einmal anders angefangen.

Es ist uns dann allen dreien – Herrn Hartloff, Herrn Hartenfels und mir – gelungen, tatsächlich eine Bewegung zu initiieren, alle mitzunehmen – das will ich ausdrücklich betonen –, alle Bürgermeister, Ortsbürgermeister, aber auch die Räte und die Bürgerinnen und Bürger, damit sie verstanden haben, was wir eigentlich damit bewegen wollen.

Wie der Kollege Hartloff schon gesagt hat, dann kam auf einmal die dritte Verbandsgemeinde dazu. Wir waren eigentlich schon fertig mit der Fusion Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr. Dann kam die dritte Verbandsgemeinde, die im Übrigen gerade erst einen neuen Verbandsbürgermeister gewählt hatte, und hat gesagt: Dann müssen wir schauen, dass wir nicht erst in eine Fusion einsteigen, wenn alles andere schon verteilt ist und keiner mehr fragt, was wir eigentlich gerne möchten. So kam dann diese Dreierfusion auf den Weg. Das war nicht ganz einfach.

Herr Kollege Hartloff hat auch noch einmal etwas mit Einladungen versucht. Wir haben richtig daran gearbeitet, alle drei mit Unterstützung aus Mainz, um auch Argumente und Befürchtungen gerade hinsichtlich der Belastung der Bürger mit Gebühren zu widerlegen, weil bestimmte Dinge im Abwasserbereich und in anderen Gebührenbereichen angeglichen werden müssen, jedenfalls perspektivisch, dass wir das so vermitteln konnten, dass niemand nachhaltig benachteiligt wird.

Dann kam auch noch ein Stück weit – ich glaube, das muss man auch sagen – die Morgengabe aus Mainz, obwohl die Hochzeitsprämie längst über der Höhe war, die sollte nämlich schon 2012 nicht mehr gezahlt werden –, dass wir noch einmal 3 Millionen Euro extra bekommen haben und andere Projekte, sodass das auch noch einmal ein bisschen wirklich mit einer Gabe versüßt worden ist. Das war schon wichtig.

Wichtig war aber auch – das möchte ich an dieser Stelle noch einmal sagen –, es ist in einer strukturschwachen, von der Demografie besonders betroffenen Region, wie es die Westpfalz insgesamt ist, nicht außer Acht zu lassen, dass auch auf kommunaler Seite etwas passieren muss.

Sie können es heutzutage nicht mehr rechtfertigen, dass Sie für 8.000 oder 9.000 Einwohner - das betrifft zwei der Verbandsgemeinden - eine Verbandsgemeindeverwaltung tatsächlich am Leben erhalten, wenn wir landesweit Strukturen haben, die viel größer sind und damit auch effizienter und effektiver sind. Ich sage es einmal im Hinblick auf Verwaltungskraft - auch das ist für mich ein wichtiges Argument -, wir wollen doch eigentlich für unsere Bürgerinnen und Bürger die bestmögliche Verwaltung zur Verfügung stellen, damit sie, wenn es um Entscheidungen geht, die sie selbst betreffen, sei es im sozialen Bereich, sei es im baurechtlichen Bereich oder sonstwo, schnell und richtig beschieden werden können. Deswegen war es mir immer sehr wichtig, und ich habe diese Argumente auch immer wieder dort vorgebracht, wo es nicht so gerne gehört worden ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: In der eigenen Fraktion!)

- Sie können jetzt Ihre Witzchen darüber machen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Nein, das ist die volle Anerkennung!)

Aber Entschuldigung, ich glaube nicht, dass wir an dieser Stelle jemals einen Dissens hatten, sondern wir hatten nur über Ihre Verfahren einen Dissens, wenn Sie das mit Zwang gemacht haben. Aber in der Freiwilligkeitsphase erinnere ich mich nicht daran.

Also, wir haben es gemacht, und ich möchte noch einmal sagen, wir haben einen starken Bevölkerungsrückgang. Aber wir haben auch hoch verschuldete Gemeinden. Das geht bis hin zum Kreis. Das heißt, das Geld wird niemals reichen, um dies aus eigener Kraft noch einmal großartig zu verändern. Deshalb ist das absolut sinnvoll.

Der Kollege hat bereits angesprochen, dass es eine Fusionsvereinbarung gab, in der bestimmte Dinge ausgehandelt und auch festgeschrieben worden sind. Nicht alles, was darin steht, konnte jetzt im Gesetzgebungsverfahren vom Ministerium umgesetzt werden. Einen Punkt hat er schon genannt, das ist der Flächennutzungsplan, den die Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg gerade dabei ist aufzustellen. Wenn wir es richtig in der Begründung lesen und wenn wir es richtig nachgeprüft haben, geht es aufgrund des Bundesbaurechts so nicht.

Es gibt noch andere Fragen. So ist beispielsweise in der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg derzeit die untere Bauaufsichtsbehörde angesiedelt. Dazu gibt es eine entsprechende Landesverordnung, die das möglich macht, und wir hätten diese Behörde für die Zukunft gern in die große Verbandsgemeinde transferiert. Das geht im Moment nicht, die Landesverordnung gibt das nicht her. Aber wir geben es nicht auf, die Verordnung kann man schließlich ändern. Wir geben es nicht auf, dass man an der Stelle vielleicht doch ein Schmankerl macht.

Ich möchte damit sagen, die Kreisverwaltung will das aus nachvollziehbaren Gründen auch nicht; denn dann hat sie vielleicht zum Schluss unten im Südkreis gar nichts mehr zu sagen. Aber trotz allem, wir haben es in der Verbandsgemeinde Schönenberg-Kübelberg verortet, und vielleicht kann man perspektivisch tatsächlich noch einmal darüber nachdenken; denn die Wege nach Kusel – Entschuldigung, Herr Kollege Hartloff! – sind aus dem Südkreis schon relativ weit.

(Glocke des Präsidenten)

Also, ich denke, es gibt ein paar Punkte, über die man sicherlich noch einmal sprechen kann, aber nicht im Sinne einer Anhörung oder sonst etwas. Wenn ich das noch sagen darf, unser erstes Anliegen ist, dass das Gesetz noch vor der Sommerpause in diesem Landtag verabschiedet wird, damit die notwendigen Entscheidungen – die Wahl des Verbandsgemeinderats und des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin – auf den Weg gebracht werden können

Ich bedanke mich schon jetzt.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Kollegin Kohnle-Gros von der Fraktion der CDU.

Als Nächstes erteile ich Frau Kollegin Nieland von der Fraktion der AfD das Wort.

#### Abg. Iris Nieland, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vor uns liegt der Entwurf eines Landesgesetzes über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Glan-Münchweiler, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr aus dem Landkreis Kusel. Bei der Betrachtung dieses Entwurfs lese ich über die Bürgerbeteiligung in einem zweistufigen Verfahren. In der ersten Stufe ist von der Beteiligung von 2.500 Personen aus Rheinland-Pfalz in Regionalkonferenzen die Rede. Offen bleibt, ob auch die Bürger aus dem Landkreis Kusel beteiligt waren.

Weiter werden wir informiert, es handelte sich bei der sogenannten Bürgerbeteiligung auf Regionalkonferenzen um überwiegend kommunale Amtsträger. Auch Vertreter von Kammern, von gesellschaftlichen Organisationen wurden beteiligt. Was aber ist mit der Beteiligung von solchen Bürgern, die weder ein kommunaler Amtsträger sind noch einer Kammer oder Organisation angehören, Bürger also, die einfach einem mehrheitlich-üblichen Beruf nachgehen?

Wir lesen weiter von der zweiten Stufe dieser Bürgerbeteiligung. Diese stützte sich auf eine landesweite repräsentative telefonische Umfrage unter 10.000 rheinlandpfälzischen Bürgerinnen und Bürgern sowie eine Online-Umfrage. Die Beteiligung an der telefonischen Umfrage erfolgte durch nach Zufallsstichproben ausgewählte Bürger. Ist das wirklich ein zielführendes Verfahren? Wurde

wirklich ausreichend über das Verfahren informiert, damit die Befragten die Befindlichkeit der Bürger der neu zu gründenden Verbandsgemeinde kennen?

Wir sind für alle da, sagt die Ministerpräsidentin. Doch ob alle Bürger in den hier zur Beurteilung stehenden Verbandsgemeinden sich so wahrgenommen finden? Ob sich also die Bürger gehört fühlen, wenn offenbar zufällig ausgewählte Dritte zu ihrem weiteren Schicksal befragt werden? Wie ist denn die mehrheitliche Meinung der betroffenen Bürger in den Gemeinden Glan-Münchweiler, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr festgestellt worden? Darüber lese ich nichts.

(Beifall der AfD)

Ja, wenn ich hier lesen könnte, die betroffenen Bürger hätten sich in einer Befragung mehrheitlich für eine Lösung entschieden, dann würde ich das als gutes Beispiel für die Beteiligung von Bürgern an politischen Prozessen erkennen können. Aber so, nein. Es gilt, schönen Worten auch Taten folgen zu lassen. Es gilt also, auf deutlich verbesserte Möglichkeiten der Bürger hinzuwirken, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Das stärkt die Verbundenheit der Bürger mit der Demokratie und in diesem Fall auch die kommunale und regionale Identität.

(Beifall der AfD)

Ich frage mich: Gab es gar keine Einwände oder Hinweise in den betroffenen Gemeinden von den Bürgern, die ja sicher nicht nur im Gemeinderat über die Bedingungen ihres Zusammenlebens sprechen? – Einige Ortsgemeinderäte formulierten in ihren Ratsbeschlüssen einen Gedanken, der so lautet:

"Die Fusion scheint ja unausweichlich zu sein, und so stimmen wir denn zu." – Da lese ich eine Art stille Resignation.

Eine Gemeinde, nämlich Bruchmühlbach-Miesau, hat den Versuch gewagt und Bürgerbefragung, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid auf den Weg gebracht. Das Ergebnis ist eindeutig gegen einen Zuschlag zu einer anderen Verbandsgemeinde. Das Ergebnis des Bürgerentscheids vom August 2015

(Frau Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU: Es war kein Entscheid!)

gibt dem Willen Ausdruck, wir wollen selbstständig bleiben.

Die Beurteilung des dokumentierten Bürgerwillens durch die Landesebene lautet allerdings wie folgt:

"Die Verbandsgemeinde" – also diejenige, die sich gegen die Fusion ausgesprochen hatte – "wird nicht um eine Gebietsänderung herumkommen." – So, genau so ist der gelebte Umgang hier im Land.

Jede sinnvolle Gebietsreform muss für uns als notwendige Bedingung von der Mehrheit der betroffenen Bürger mitgetragen werden. Verhandlungen über die Bürger hinweg erteilen wir somit eine klare Absage.

(Beifall der AfD)

Wir werden dem Gesetzentwurf nur dann zustimmen, wenn nach hinreichender und nicht halbherziger Information der Bürger diese sich in Abstimmungen mehrheitlich dafür ausgesprochen haben.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD – Zuruf der Frau Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Kollegin Nieland von der Fraktion der AfD. Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Becker von der Fraktion der FDP das Wort.

#### Abg. Monika Becker, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion ist für eine schlanke Verwaltung und für bürgernahe Dienste. Zu diesem Zwecke setzen wir uns für eine umfangreiche Aufgabenkritik und die Überprüfung von Anforderungen und Standards auf allen Ebenen der Landes- und der Kommunalverwaltung ein.

Der Landesrechnungshof zeigt für Aufgaben der allgemeinen Verwaltung in einem Vergleich mit dem nach Fläche und Einwohnern nahezu gleich großen Land Sachsen ein rechnerisches Einsparpotenzial für rheinland-pfälzische Kommunen von 340 Millionen Euro jährlich auf. Dabei ist es uns, der FDP-Fraktion, wichtig, meine Damen und Herren, nicht etwas zu kopieren, sondern in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine eigene, aber auch mutige Kommunalreform für Rheinland-Pfalz und seine Bürgerinnen und Bürger umzusetzen.

Ziel des Zusammenschlusses der Verbandsgemeinden Glan-Münchweiler, Schönenberg-Kübelberg und Waldmohr war und ist es, Fachkompetenzen in der Verwaltung zu bündeln, Geschäftsprozesse zu beschleunigen und die Verwaltungseffizienz damit insgesamt zu erhöhen. Unter der Voraussetzung, dass Zusammenschlüsse Synergieeffekte schaffen, Verwaltungskosten senken und vor allem von der Bevölkerung mitgetragen werden, unterstützt die FDP-Fraktion die kommunale Gebietsreform, meine Damen und Herren. In dem vorliegenden Fall – dies haben insbesondere Frau Kohnle-Gros und Herr Hartloff sehr deutlich gemacht – sind diese Voraussetzungen deutlich erfüllt.

Darüber hinaus gewährt das Land der neuen Verbandsgemeinde Oberes Glantal noch eine Entschuldungshilfe von 3 Millionen Euro. Somit wird sichergestellt, dass der Zusammenschluss die kommunalen Haushalte nicht zusätzlich belastet.

Meine Fraktion und ich wünschen den Bürgerinnen und Bürgern der neuen Verbandsgemeinde alles Gute und sichern zu, dass wir für sie als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD, der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Kollegin Becker von der Fraktion der FDP.

Als Nächstes hat Herr Abgeordneter Hartenfels von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Noch ein Westpfälzer!)

 Noch ein Westpfälzer! Noch einer, der aus dieser Region kommt.

Ich kann mich nur Frau Kollegin Kohnle-Gros und Herrn Kollegen Hartloff anschließen. Ich freue mich sehr über den heutigen Tag, dass wir die Fusion jetzt auf den Weg gebracht haben, und ich möchte aus meiner Sicht oder auch aus der Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einmal auf zwei oder drei Punkte dieser Fusion eingehen.

Ich denke, zum einen ist es wirklich nicht leicht, drei Verbandsgemeinden unter einen Hut zu bringen, und ich finde es schon bemerkenswert, dass es der Region gelungen ist, dieses Thema nicht im Streit anzugehen, sondern weitestgehend im Konsens. Ich finde es bemerkenswert auch vor dem Hintergrund, dass wir dadurch einmal so etwas wie gelebte Glaubwürdigkeit in der Politik hinbekommen haben. Wir bejammern oft in unseren Sonntagsreden die fehlende Glaubwürdigkeit der Politik oder – ich sage einmal besser – von einzelnen Politikerinnen und Politikern, und ich finde, wir haben in der Region positive Beispiele anderer Art erleben dürfen. Ich möchte exemplarisch zwei Punkte für die Region herausheben.

Zum einen hat Klaus Schillo, der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler, obwohl er erst Mitte des Jahres 2015 diesen Job angetreten hat, nicht argumentiert nach dem Motto, wie erhalte ich mir möglichst lange meinen Job als Verbandsbürgermeister, sondern er hat von Anfang an mit dafür gestritten und dafür gekämpft, dass seine Verbandsgemeinde, die mit 9.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wirklich sehr klein ist, gut aufgestellt ist für die Zukunft. Das finde ich bemerkenswert auch im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit.

Eine zweite Persönlichkeit – Frau Kohnle-Gros, Sie haben ihn bereits angesprochen – ist der Verbandsbürgermeister von Schönenberg-Kübelberg, Herr Schoon. Er hat sich, obwohl er keinen Fusionsbedarf für seine Verbandsgemeinde hatte, schon sehr frühzeitig in diesen Prozess konstruktiv eingebracht, ist immer wieder auf die Region zugegangen und hat gesagt: Wir müssen darauf achten, dass wir eine Win-win-Situation für alle schaffen im Dienste der Bürgerinnen und Bürger in der Region, damit wir gut für die Zukunft aufgestellt sind.

Das kann man gar nicht hoch genug würdigen und hoch genug schätzen, dass wir solche Persönlichkeiten in der Kommunalpolitik haben, und dies hat natürlich eine Ausstrahlungskraft auch über unsere Region hinaus. Deswegen freue ich mich heute für diese Menschen exemplarisch, aber natürlich auch noch für viele andere mehr, die diesen Prozess sehr konstruktiv begleitet haben, und ich freue mich, dass uns das gelungen ist.

Gerade mit Blick auf die Glaubwürdigkeit finde ich es wichtig zu betonen, gerade die Region der Westpfalz leidet besonders unter dem demografischen Wandel. Auch das ist vorhin schon angedeutet worden. Der demografische Wandel beutelt uns im Landkreis Kusel sehr extrem. Dazu möchte ich einmal zwei oder drei Eckzahlen nennen. In den letzten zehn Jahren hat der Landkreis Kusel 7.500 Einwohnerinnen und Einwohner verloren, das sind fast 10 % der Bevölkerung. Bildlich gesprochen verlieren wir pro Jahr ein bis zwei Dörfer, das sind in diesen zehn Jahren rein rechnerisch 15 Ortsgemeinden von 98 Ortsgemeinden. Daher wäre es aus meiner Sicht grob fahrlässig, wenn wir uns nicht bemühen würden, die Verwaltung dementsprechend neu aufzustellen, schlanker aufzustellen und so aufzustellen, dass sie schlagkräftig ist, dass sie mit einer Stimme spricht und dass wir natürlich auch finanziell einiges an Einsparvolumen realisieren können.

Sich gemeinsam neu aufzustellen, ist für mich auch die große Qualität an dieser Fusion für den Südkreis des Landkreises Kusel. Es ist ein Unterschied, ob ich mit drei Stimmen in einer Region spreche, wo man eher den eigenen Kirchturm im Blick hat, oder ob ich mit einer Stimme für die Region spreche, zum Beispiel im Bereich des Fremdenverkehrs, aber auch, wenn ich an die Neuausweisung von Gewerbegebieten denke, wenn ich mir über die Innenentwicklung gemeinsam Gedanken mache und so weiter.

Es gibt viele Felder, bei denen man sagen muss, es ist wirklich gut und überfällig, dass die Fusion kommt. Der kleine Wermutstropfen ist – Marlies hat es eben schon angesprochen –, das hätte natürlich schon viel früher passieren können. Aus meiner Sicht von der Fachkompetenz her – ich spreche jetzt einmal als Planer – ist es eigentlich auch überfällig gewesen. Ich bin froh, dass wir das jetzt endlich hinbekommen haben.

Jedes Jahr, in dem man in solchen Regionen wie meiner Heimatregion länger wartet, ist eigentlich ein Jahr zu viel. Deswegen zum Schluss noch einmal mein Appell: Wir haben im Land Rheinland-Pfalz nicht zu wenig Fusionen. Wir haben Bedarf für deutlich mehr Fusionen. Wir haben Bedarf für deutlich mehr Mut, das Thema gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern anzusprechen.

Dass es geht, hat der Südkreis gezeigt. Das müssen wir noch in viel mehr Regionen übertragen. Wir müssen auch die Landkreise angehen. Dann haben wir vielleicht die Chance, in fünf bis acht Jahren so weit zu sein, dass die Gesamtregion Rheinland-Pfalz, was die kommunale Verwaltungs- und Gebietsreform angeht, wirklich gut aufgestellt ist.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Kollege Hartenfels von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Staatsminister Lewentz das Wort

#### Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal den Vorrednern und Vorrednerinnen Frau Kohnle-Gros, Frau Becker, Herrn Hartloff und Herrn Hartenfels herzlich danken. Das, was Sie zusammengefasst haben, war die Aussage, erstens vor Ort Verantwortung zu übernehmen und Weichen so zu stellen, dass wir zukunftsfähig aufgestellt sind und uns zukunftsfähig besser aufstellen, als das in alten Strukturen, die Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre als zukunftsfähig galten – das ist vier Jahrzehnte her –, möglich war, und wir diese Veränderung gemeinsam auf den Weg bringen.

Das übersetzt eigentlich das, was wir in der letzten Legislaturperiode angestoßen haben. Ich freue mich, dass die Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion dem über den Koalitionsvertrag zugestimmt haben. Wir haben uns auf den Weg gemacht zu sagen, wir wollen Rahmenbedingungen ausloten, auch eine zweite Stufe einer Kommunalund Verwaltungsreform gemeinsam anzugehen. Ich glaube, diese Notwendigkeit ist in vielen Bereichen unseres Landes unbestritten.

Wenn ich voller Stolz sagen darf, dass wir bisher 23 Landesgesetze für Gebietsänderungen auf den Weg gebracht haben – 19 sind inzwischen umgesetzt –, dann erfassen diese 23 Landesgesetze sieben verbandsfreie Gemeinden, 26 Verbandsgemeinden mit eigenem Gebietsänderungsbedarf und auch 17 Verbandsgemeinden ohne eigenen Gebietsänderungsbedarf. Das sind 50 Kommunen, die jetzt schon bis zum heutigen Zeitpunkt mit Blick auf die Kommunal- und Verwaltungsreform I verändert wurden.

Wir haben gesagt, bis zur Kommunalwahl wird es weitere Veränderungen geben. Heute diskutieren wir über zwei weitere Gesetze. Ja, lieber Jochen Hartloff, das waren nicht alles feurige Liebeshochzeiten. Ich wohne selbst in einer solchen veränderten Verbandsgemeinde. Aber es ist wie in jeder guten Familie, irgendwann findet man zueinander. Das funktioniert dann auch.

Wenn ich im Freundeskreis abends zusammensitze oder in einem Verein unterwegs bin, bin ich noch nie auf das Thema Fusion angesprochen worden. Das ging bei uns etwas glatter.

Die Diskussionen, die bei euch geführt wurden, die auch beschrieben wurden, waren allerdings intensive Bürgerdiskussionen. Die Verbandsgemeinden haben einstimmig bis auf eine Ortsgemeinde zugestimmt. Egal, welche Berufsbildung die Menschen hatten, egal, welche Hintergründe

sie hatten – sie waren nicht nur in Räten, in Parteien oder wie auch immer gebunden –, überall wurde heftig diskutiert, wie wir das aus dem Musikantenland häufig kennen. Bei der Gelegenheit möchte ich mich bei den Kollegen bedanken. Ich möchte aber auch ein Dankeschön an den Herrn Landrat sagen, der auch intensiv mitdiskutiert hat. Wer ihn kennt, weiß das.

Aber das bedeutet, dass diese jetzt getroffene Entscheidung sehr breit in der Bevölkerung verankert ist. Ich glaube, das ist das Richtige und der Weg, den wir wollen.

Verehrte Frau Nieland, Sie haben einige Dinge aus den Unterlagen, die man finden kann, zitiert. Das waren die ersten Stufen, die vor acht bis neun Jahren von meinem Vorgänger, von Herrn Bruch, angelegt waren. Sie haben sich allerdings vor Ort sehr weiterentwickelt. Die Diskussionen, die die betroffenen Abgeordneten vor Ort mit wenigen Worten holzschnittartig zusammengefasst haben, zeigen nur, es wurde intensivst diskutiert.

Lieber Herr Schröder und lieber Herr Stubenrauch, ich freue mich wirklich auch an dem Beispiel, dass es ein Dankeschön und ein Lob an Sie und an die Kollegen aus der Kommunalabteilung im Haus gegeben hat. Wir haben mit all unseren Möglichkeiten versucht, die unterschiedlichen Wege zu begleiten, am Schluss auch diesen Weg.

Ja, auch ich hätte gerne schon in der letzten Legislaturperiode den Strich darunter gezogen. Jetzt liegt es an uns im Hohen Haus, dass wir das bis zur Sommerpause hinbekommen und dann am 1. Januar 2017 in dieser neuen Einheit starten können.

Ich möchte ausdrücklich sagen, der Landkreis Kusel hat sich enorm verändert und so aufgestellt, dass wir damit die Hoffnung und die Erwartung verbinden können, dass wir zumindest für die Verantwortung, für die eine kommunale Verwaltung da sein kann, jetzt noch mehr Leistungsfähigkeit organisieren können. Das ist nicht von heute auf morgen möglich. Wenn es aber alle wollen – und dort wollen es alle –, wird es sehr kurzfristig zu deutlichen Verbesserungen kommen. Dann gibt es die Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz.

Es gibt natürlich auch die Synergie-Effekte, die eine solche Veränderung mit sich bringt. Das ist eine Positionierung, die gut und notwendig ist und auf dieser Ebene auch eine schöne Voraussetzung ist, die Kommunal- und Verwaltungsreform II so anzugehen, dass man sagt, wir haben schon viele Hausaufgaben auf der Ebene dieser neuen Verbandsgemeinden erledigt.

Deswegen ein herzliches Dankeschön an all diejenigen, die äußerst engagiert mitgewirkt und mitgearbeitet haben, auch an die Damen und Herren in den kommunalen Verwaltungen, die mitgewirkt haben. Für diese ist das auch belastend, mal in die Richtung, mal in die Richtung dicke Gutachten beurteilen zu müssen. Das ist nicht immer so ganz einfach. Die wissenschaftliche Sprache ist auch nicht immer die eingängigste. Von daher ein Dankeschön an alle Mitwirkenden und alle Beteiligten.

Ich wünsche der neuen Verbandsgemeinde einen guten Start, hoffentlich pünktlich zum 1. Januar 2017. Wir werden heute noch ein weiteres Gesetz diskutieren, und dann werden noch weitere folgen, die wir gemeinsam vorbereitet haben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Minister. Es liegt noch eine Wortmeldung der Frau Kollegin Nieland von der Fraktion der AfD vor. Frau Nieland, Ihnen steht inklusive der Minute Zusatzredezeit als Oppositionszuschlag noch eine Redezeit von einer Minute und zehn Sekunden zu.

#### Abg. Iris Nieland, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich möchte nur noch ein oder zwei Sätze äußern. Ich bin der Meinung, wer glaubt, gute Argumente zu haben, der wird auch eine mündige Bürgerschaft überzeugen. Er braucht keine Bange vor einer Abstimmung zu haben.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Kollegin Nieland. Damit liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf, den wir in erster Beratung im Plenum behandelt haben, an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall, dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz über den freiwilligen Zusammenschluss der Stadt Ingelheim am Rhein und der Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein mit ihren Ortsgemeinden Heidesheim am Rhein und Wackernheim

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/138 –

**Erste Beratung** 

Es ist eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Ich erteile Frau Abgeordneter Klinkel von der SPD-Fraktion das Wort.

#### Abg. Nina Klinkel, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Die Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein ist eine kleine Verbandsgemeinde. Sie ist ländlich

geprägt, 10.100 Einwohner, knapp 24 km<sup>2</sup> Fläche, bestehend aus zwei Ortsgemeinden, nämlich aus Wackernheim und Heidesheim.

Wenn man sich diese Fakten einmal anschaut, dann war klar, dass dann, wenn wir die Leistungsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Verwaltungskraft optimieren wollen, eine Fusion unerlässlich war.

Zunächst lag ein Zusammenschluss mit der verbandsfreien Gemeinde Budenheim nahe. Das stieß auf wenig Gegenliebe. Aber die Verbandsgemeinde Heidesheim hat immer deutlich gemacht, wir brauchen eine Gebietsänderung, wir halten daran fest. Sie machte sich auf die Suche nach Alternativen. Das Ergebnis dieser Suche liegt Ihnen heute als Gesetzentwurf vor.

Der Zusammenschluss der Verbandsgemeinde Heidesheim mit der großen kreisangehörigen Stadt Ingelheim wurde 2012 seitens der Verbandsgemeinde Heidesheim gegenüber dem Land als Alternative angeregt. Sie ist freiwilliger Natur, laut Gemeindeordnung möglich und vor allem – das möchte ich betonen – dem Bürgerwillen entsprechend.

Mit Ingelheim verbindet die Verbandsgemeinde Heidesheim viel. Die weiterführenden Schulen werden besucht, das Vereinsangebot wechselseitig genutzt. Die Wege sind kurz, und die Verbindungen werden als sehr gut bezeichnet.

Herr Lewentz, ich möchte Ihnen und dem Innenministerium danken. Sie haben diesen Prozess immer begleitet und haben ihn schließlich bis hierhin mitgetragen. Es geht nicht um Zwang, sondern es geht darum, Synergie-Effekte zu schaffen.

Für den vorliegenden Gesetzentwurf liegt die Zustimmung aller unmittelbar beteiligten Gemeinden vor, übrigens auch der der Ortsgemeinde Wackernheim. Das ging in den letzten Tagen noch einmal an alle Fraktionen. Die Ortsgemeinde Wackernheim hat zugestimmt. In der Begründung des Gesetzes wird hinreichend erklärt, warum den Punkten nicht stattgegeben werden kann, die dort angeführt werden, nämlich zum Beispiel dann, wenn die kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt werden soll.

Es gibt darüber hinaus nicht nur Ratsbeschlüsse. Es gibt auch Bürgerentscheide. Das war vor Ort ein hartes Stück Arbeit. Ja, das war auch mit Verletzungen verbunden.

Während in Heidesheim und in Ingelheim recht unproblematisch diskutiert wurde – wir haben Bürgerentscheide mit über 90 % und über 70 % Zustimmung für eine Fusion –, ging es in Wackernheim schon hitziger zu. Aber am Ende des Tages entschieden sich auch dort die Bürger für eine Fusion mit Ingelheim.

Ich habe großes Verständnis für alle Bürgerinnen und Bürger, die Vorbehalte gegen Veränderungen haben. Diese gab es 1969 und 1974 genauso gegen die Struktur, die verteidigt wurde. Aber jetzt ist es Zeit für Veränderungen. Diese wollen die Bürgerinnen und Bürger auch gehen.

Ich möchte ausdrücklich auch dem Oberbürgermeister Ralf

Claus aus Ingelheim danken, der heute hier ist, dessen Gemeinde eigentlich keinen Fusionsbedarf gehabt hätte, der aber jederzeit bereit war, gemeinsam mit dem Verbandsbürgermeister Joachim Borrmann Gespräche auf Augenhöhe zu führen und dazu auch noch eine größtmögliche Transparenz herzustellen.

Sie haben Ihre Räte mit einbezogen. Sie haben Bürgerforen eingerichtet. Es waren drei Arbeitsgruppen beteiligt, eine Steuerungsgruppe, eine parteiübergreifende Fusionswerkstatt, diverse Bürgerversammlungen. Am Ende wurde dieser Mut zur Transparenz und Mitbestimmung mit validen und eindeutigen Bürgerentscheiden belohnt.

Meine Damen und Herren, die Bürger sind dafür, die Räte sind dafür, die Ortsgemeinden sind dafür, und nun darf ich auch Sie um Zustimmung zu diesem Entwurf bitten.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Abgeordneter Kinkel von der Fraktion der SPD. – Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Schäfer das Wort.

#### Abg. Dorothea Schäfer, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es handelt sich um eine freiwillige Fusion. Es ist aber auch eine ganz besondere Fusion, weil sie sozusagen über Eck entstanden ist, wenn man das einmal so sagen darf.

Ursprünglich war eine Fusion von der Verbandsgemeinde Heidesheim mit Budenheim geplant. Es gab ein Gerichtsurteil, das auch bestätigt hat, dass die Gemeinde Budenheim aufgrund ihrer Wirtschaftlichkeit gar nicht fusionieren muss. Das hat dann für die Verbandsgemeinde Heidesheim bedeutet, dass sie sich einen anderen Partner suchen musste.

Ich glaube, es ist jetzt sehr glücklich für beide Beteiligten, dass gerade auch die Stadt Ingelheim als großer Partner gesagt hat, jawohl, wir können uns eine Fusion mit euch vorstellen. Die Bürger haben diesem Wunsch entsprechend zugestimmt und haben den Wunsch mitgetragen.

Natürlich ist es gerade bei ungleich großen Partnern, bei verschiedenen Partnern mit ganz unterschiedlichen Interessenlagen so, dass darüber lange diskutiert wird. Das war auch in diesem Fall tatsächlich so. Wie gesagt, es gab unterschiedliche Bedingungen, unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Wünsche. Aber letzten Endes kommt es jetzt zu dem, was wir in einem Gesetzentwurf vor uns liegen haben, nämlich einer freiwilligen Fusion. Ich glaube, es ist damit zu einem guten Ergebnis gekommen.

Die Ortsgemeinde Wackernheim hat in einer Stellungnahme den einen oder anderen Punkt noch angesprochen gehabt. Sie hat uns alle angeschrieben, dass wir uns noch

einmal Gedanken darüber machen sollten, inwieweit noch das eine oder andere in das Gesetz mit hineinkommen kann.

Ich denke, wir vergeben uns nichts und es ist auch richtig, dass wir sagen, dass wir uns das im Innenausschuss, an den der Gesetzentwurf mit ziemlich hoher Wahrscheinlichkeit überwiesen wird, Herr Präsident, noch einmal vornehmen und die Prüfung durchaus ernst nehmen.

Ich denke, das werden wir miteinander klären. Ich freue mich auf das gemeinsame Besprechen im Innenausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Kollegen Schäfer für die Fraktion der CDU. – Als Nächstem erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Klein von der Fraktion der AfD. Bitte schön, Herr Klein.

#### Abg. Jürgen Klein, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Zu dieser Fusion ist es für uns als AfD leicht, ein klares Ja zu geben, da hier in den vergangenen Jahren sehr transparent und vor allen Dingen ergebnisoffen gearbeitet wurde und auch versucht wurde, bei den handelnden Personen ein Klima herzustellen, bei dem das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt wurde, dies mit einer Fusionswerkstatt und deutlich formulierten Bürgerentscheidungen, die für den Bürger klargemacht haben, um was es hier geht.

Für uns als AfD ist es wichtig, den Bürger mitzunehmen und daran teilzuhaben zu lassen und die Fusion mit Leben zu füllen. Hier kommt es natürlich auf die örtlich handelnden Personen, auf Gebietsstrukturen, die miteinander gewachsen sind, eine Beförderung des finanziellen Spielraums beider fusionierter Kommunen und natürlich auf eine positive Grundeinstellung zueinander an.

Aus den oben genannten Gründen ist es unausweichlich, Bürgerentscheide durchzuführen und Gebietsreformen nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben umzusetzen.

Danke.

(Beifall der AfD)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Kollege Klein von der Fraktion der AfD. – Es hat sich dann Frau Kollegin Lerch von der Fraktion der FDP gemeldet. Bitte schön, Frau Lerch.

#### Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch an Herrn

Oberbürgermeister Claus ein herzliches Willkommen! Ich freue mich, dass ich als Ingelheimerin heute hier zu der Fusion Ingelheim und Heidesheim Stellung beziehen darf.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, wie das Ganze begann: Wir haben einen Novembersonntag im Jahr 2015, und laute Bravo-Rufe tönten durch den Ratssaal von Ingelheim. Es wurde im Ingelheimer Rathaus geklatscht; denn die Stimmen zur Fusion mit Heidesheim wurden ausgezählt. Das Ergebnis bestätigte den Wunsch der Stadtratsfraktionen. Die Ingelheimer haben sich im Bürgerentscheid für die Eingemeindung mit Heidesheim entschieden.

Frau Nieland, an dieser Stelle verwahre ich mich gegen eine Generalisierung bezüglich der mangelnden Demokratisierung in solchen Prozessen. Bitte schauen Sie genau hin; denn Ingelheim ist wirklich ein Paradebeispiel dafür, wie es funktionieren kann.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das hat sie doch gesagt!)

Meine Damen und Herren, der freiwillige Zusammenschluss ist ein gutes Beispiel dafür, wie kommunale Gebiets- und Strukturreformen gelingen können.

Von Beginn an wurden die Bürger einbezogen. Die Arbeit der IHW – I steht für Ingelheim, H steht für Heidesheim, W steht für Wackernheim – war dabei wichtig. Auf der Homepage der IHW Fusionswerkstatt konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger Informationen über den Stand der Fusionsgespräche erhalten und abrufen. Der Prozessverlauf war damit bürgernah und transparent. In fünf Arbeitsgruppen wurde ergebnisoffen geprüft, ob eine Fusion sinnvoll sei.

Auch auf der Ebene der Verwaltung, auf der Ebene der Räte wurde in regelmäßigen Abständen getagt.

Schließlich wurde den Bürgern durch einen Bürgerentscheid die Möglichkeit gegeben, die Ergebnisse der Fusionswerkstatt zu bewerten und einem Zusammenschluss zuzustimmen oder ihn abzulehnen.

Was gewinnt Ingelheim durch die Fusion? – Ingelheim gewinnt durch die Fusion mit Heidesheim und Wackernheim zwei neue Stadtteile, deren – das hat der Oberbürgermeister ausdrücklich zugesagt – Identität gewahrt bleiben wird. Beide werden mit Sicherheit von der reichen Stadt Ingelheim finanziell und damit auch hinsichtlich der Infrastruktur profitieren; Synergien werden stattfinden.

Meine Damen und Herren, der Eingemeindungsvertrag wurde Ende Februar 2016 – auch in Anwesenheit des Innenministers – unterzeichnet und setzt damit einen Schlusspunkt hinter einen gelungen Prozess, obwohl – diese kleine kritische Bemerkung sei gestattet – es zeitweise in Wackernheim Überlegungen gab, sich der Verbandsgemeinde Gau-Algesheim anzuschließen: eine kommunale Schieflage, die letztendlich doch wieder durch klaren Bürgerverstand aus der Welt geschaffen werden konnte.

Am 1. Juli 2019 wird die Eingemeindung vollzogen. Die FDP-Fraktion dankt allen engagierten Bürgerinnen und

Bürgern der betroffenen Gebietskörperschaften sowie den Räten für die konstruktive Arbeit und den gelungenen Prozess

Ich darf um Zustimmung zum gesamten Gesetzentwurf bitten und auch die Überweisung an die Ausschüsse unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lerch von der Fraktion der FDP. – Bevor ich Frau Schellhammer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteile, darf ich für das gesamte Parlament Herrn Oberbürgermeister Claus herzlich bei der Debatte über das Fusionsgesetz willkommen heißen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Frau Schellhammer, Sie haben das Wort.

#### Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen heute über das Landesgesetz zur freiwilligen Zusammenführung der Stadt Ingelheim und der Verbandsgemeinde Heidesheim. Viele Aspekte des Verfahrens und viele Basisdaten zu den betroffenen Kommunen sind schon genannt worden.

Auf der Grundlage des Grundsätzegesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform hatte die Verbandsgemeinde Heidesheim Gebietsänderungsbedarf. Das hat zu einer längeren Vorgeschichte geführt. Zunächst einmal lag nämlich uns als Parlament ein Entwurf eines Landesgesetzes zur Fusion der Verbandsgemeinde Heidesheim mit der verbandsfreien Gemeinde Budenheim vor. Wir hatten hierzu bereits die erste parlamentarische Beratung durchgeführt. Sogar eine Anhörung im zuständigen Ausschuss wurde schon durchgeführt. So weit waren wir schon im parlamentarischen Verfahren.

Dann hat sich vor Ort die Meinung geändert. Auch Ingelheim war offen dafür, die Fusion mit Heidesheim einzugehen. Der Innenausschuss hat dann dem Bürgervotum, das in Heidesheim 2012 stattgefunden hatte und in dem sich 90,77 % für eine Fusion mit Ingelheim ausgesprochen hatten, entsprochen und das Gesetz zu einer Fusion mit Budenheim gestoppt. Damit hat er den Weg für die umfangreiche Bürgerbeteiligung im Rahmen der Fusionswerkstatt vor Ort freigemacht.

Die Rückmeldungen, die wir von den betroffenen Kommunen bekommen haben, und auch die Rückmeldungen, die wir durch die Bürgerentscheide bekommen haben, haben gezeigt, dass die Bürgerbeteiligung, die intensive Diskussion vor Ort gut vonstatten gegangen sind.

Selbstverständlich – das wurde auch erwähnt – hatte die Ortsgemeinde Wackernheim hier einen speziellen Weg

und eine spezielle Diskussion. Der Ortsgemeinderat hat sehr, sehr intensiv darüber diskutiert, wie es künftig ist, nur noch ein Stadtteil mit einem Ortsbeirat zu sein und nicht mehr die Befugnisse eines Ortsgemeinderats zu haben. Deswegen haben sie sich auf den Weg gemacht und den Bürgerinnen und Bürgern damit eine Auswahl gegeben, nämlich die Frage, gehen wir in die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim oder werden wir Teil der Stadt Ingelheim. Das wurde dann letztendlich auch im Bürgerentscheid abgefragt.

Eben wurden grundsätzliche Dinge zur Bürgerbeteiligung erörtert. Wir haben definitiv keine Angst vor den mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Auch im Zuge der Kommunalund Verwaltungsreform wurden extra die Hürden in der Gemeindeordnung bereits abgesenkt, damit eben Bürgerentscheide vor Ort stattfinden können. Wir haben die Hürden erneut gesenkt, die am 1. Juli dieses Jahres, also in wenigen Tagen, in Kraft treten werden.

Sie zeigt zwei Wege auf, wann eine Bürgerbeteiligung vor Ort in den Kommunen stattfinden kann. Zum einen dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht damit zufrieden sind, was die betroffenen kommunalen Gremien verhandeln, können sie ihr Recht auf ein Bürgerbegehren und auf Bürgerentscheide herbeiführen. Zum anderen können, wie im Fall der vorliegenden Fusion, ein Ratsbegehren und eine Abstimmung vor Ort initiiert werden.

(Abg. Dr. Jan Bollinger: Das wissen wir! Danke!)

Wenn aber vor Ort eine Fusion nicht konfliktiv ist – das zeigen die Zahlen der Bürgerentscheide bei diesem Paradebeispiel sehr, sehr klar –, ist die Wahlbeteiligung sehr, sehr gering. So ist der Bürgerentscheid, der in Ingelheim stattgefunden hat, beinahe am Zustimmungsquorum gescheitert, weil diese Frage nicht konfliktiv wahrgenommen wurde. Deswegen war selbstverständlich die Wahlbeteiligung bei diesem Bürgerentscheid nicht so hoch. Sie lag nämlich nur bei knapp 29 %. Damals sind sie nur knapp am Zustimmungsquorum vorbeigeschliddert. Aber auch dort war die Aussage klar: 71 % für die Fusion.

In der Ortsgemeinde Heidesheim waren es 95 % Zustimmung bei einer Wahlbeteiligung von 44,69 %. In der Ortsgemeinde Wackernheim – das zeigt das eben – wurde intensiv diskutiert: Gehen wir nach Gau-Algesheim oder nach Ingelheim? Dort lag die Wahlbeteiligung bei über 75 % oder fast 76 %. Das heißt, hier wurde eine Entscheidung als konfliktiver Punkt wahrgenommen. Hier wollten die Bürgerinnen und Bürger bei der Abstimmung ganz klar ihre Aussage treffen. Das haben sie mit sehr großer Deutlichkeit, nämlich mit 64,7 %, getan.

Der vorliegende Fall einer Fusion ist ein Paradebeispiel für eine konstruktive Bürgerbeteiligung bei der Kommunalund Verwaltungsreform. Kein bloßes Nein, sondern die Möglichkeit von Alternativen wurde ausgelotet und durch Entscheide abgedeckt. Jeder Kommune steht die Möglichkeit frei, bei der Kommunal- und Verwaltungsreform vor Ort über eine Bürgerbefragung oder einen Bürgerentscheid diese Dinge abzufragen. Damit diese Möglichkeiten stattfinden, haben wir die Hürden extra gesenkt, damit es für die Bürgerinnen und Bürger leichter wird, darüber abzu-

stimmen.

Ich finde, es ist ein richtiger Schritt, dass die Fusion jetzt in dieser Form vorliegt. Ich wünsche mir eine positive Begleitung bei der weiteren Beratung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schellhammer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Ich darf nun Herrn Minister Lewentz das Wort erteilen. Bitte schön. Herr Minister.

#### Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Klinkel, liebe Frau Schäfer, liebe Frau Schellhammer, liebe Frau Lerch, Herr Klein! Ich möchte mich zunächst einmal dafür bedanken, dass wir zeigen, dass wir in der Lage sind – offenkundig auch einstimmig –, Voten der Bürgerschaft zu übernehmen und auf den Weg zu bringen. Auch dieses Beispiel zeigt, dass bei der Kommunal- und Verwaltungsreform intensiv gerungen wird. Die Beispiele mit den verschiedenen Ergebnissen der Bürgerentscheide zeigen auch, dass sich die Menschen das zum Anliegen gemacht haben. In einem Fall haben sie sich das sogar zum Anliegen gemacht, obwohl aus dem Gemeinderat heraus eine andere Weichenstellung erfolgen sollte.

Deshalb kann ich nur sagen – das gilt wieder für die Experten im Innenministerium, aber auch für meine Person, und ich will ausdrücklich den Kollegen Professor Barbaro einbeziehen –: Wir haben viele Gespräche geführt, mit der Frau Ortsbürgermeisterin, mit dem Herrn Ortsbürgermeister, mit Bürgermeister Bormann.

Natürlich grüße auch ich den Oberbürgermeister der "armen Landgemeinde" Ingelheim, Herrn Claus. Lieber Ralf, ich freue mich sehr, dass du heute hier bist; denn ich will dieses Wortspiel dazu nutzen, um zu sagen: Nicht nur zwei Ortsgemeinden haben gesagt, wir machen uns auf den Weg, Part einer reichen Gemeinde zu werden. – Das kann man nachvollziehen. Aber auch in Ingelheim hat man gesagt, wir haben gemeinsam große Entwicklungschancen in diesem neuen Dreierbündnis, das dann die neue Stadt bilden wird. Ich glaube, das ist der Beleg dafür, dass das eine richtige Entscheidung ist.

Ich stehe ebenfalls dazu, dass eine Landesregierung auch Diskussionsprozesse anzustoßen, dann Argumente aufzunehmen und zu sagen hat: Okay, wenn das mit Budenheim so nicht geht, erscheint uns der andere Weg auch sinnvoll. – Er ist sinnvoll, und er ist zukunftsträchtig. Dann gehen wir mit unserer Expertise an der Seite den Weg der diskutierenden Gemeinden mit und unterstützen ihn. Ich glaube, am Schluss haben wir auch bei diesem Beispiel gemeinsam etwas hinbekommen, das in diesem Bereich eine kommunale Landschaft zukunftsfähig arrondiert.

Natürlich ist es immer am Schönsten und am Besten, wenn wir diese Dinge sozusagen in einem großen Konsens auf der Basis der Freiwilligkeit hinbekommen. Sowohl in den weiteren Gesetzen der KVR I – da, wo sie nicht freiwillig sind, werden sie in der Regel von der Regierung vorgelegt – als auch im Prozess KVR II werden wir aber in diesem Parlament Entscheidungen treffen müssen. Wir werden erleben, dass nicht alles im absoluten Konsens möglich ist

Ich will noch einmal auf die Zahlen zurückkommen. Frau Nieland, Sie hatten sich noch einmal zu Wort gemeldet. Auch am Beispiel Kusel waren alle mündigen Bürger beteiligt, und sie konnten sich beteiligen. Dann kann es unterschiedliche Meinungen geben. Am Schluss haben aber wir die Verantwortung, dass wir im Zweifelsfall dort, wo man nicht freiwillig mitgehen will, Landeseinheitlichkeiten vorgeben. Das sind dann noch intensivere Diskussionsprozesse. Ich glaube aber, es ist keine großartige Prophezeiung, wenn ich uns sage: Es wird auch Beispiele geben, bei denen wir hier die Hand heben müssen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden, selbst wenn das auf den ersten Blick nicht dem folgt, was man sich vor Ort vorstellt.

Ich habe an vielen Beispielen erlebt, dass auch in diesem Fall, wenn erst einmal mit einem sanften Zwang von oben eine Fusion auf den Weg gebracht wurde, man sich vor Ort sehr schnell eingefunden hat.

(Abg. Martin Haller, SPD: Da gibt es prominente Beispiele!)

Nach meiner Einschätzung war das sogar der Fall bei dem einzigen Rechtsstreit, den wir verloren haben; denn am Abend des Urteils hatte ich eher den Eindruck, man hatte sich vor Ort durchaus damit arrangiert, und man hat sich offensiv auf den Weg gemacht, dort etwas positiv Neues zu bilden.

Das ist entschieden worden. Alle anderen Auseinandersetzungen vor dem Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz haben wir gewonnen. Das Grundlagengesetz hat Bestand. Auf dieser Basis werden die weiteren Vorlagen aus der Mitte des Hauses oder aus der Landesregierung dann auch in die Diskussion eingebracht. Ich würde mich freuen, wenn wir weitgehend immer diese breite Zustimmung gemeinsam erarbeiten könnten. Demokratie lebt aber davon, dass manchmal auch mehrheitlich entschieden werden muss. Ich glaube, heute ist es jedenfalls auch für diese Fusion eine gute Entscheidungsgrundlage zur Diskussion vermutlich im Innenausschuss. Wenn wir dann zeitgerecht, so wie es unsere Vorstellungen sind, auch dieses Gesetz auf den Weg bringen und verabschieden, steht der Umsetzung nichts im Wege. Dann wird der Herr Oberbürgermeister übernehmen müssen, und er hat dann gemeinsam mit den mitwirkenden Damen und Herren die Aufgabe, das zu einem guten weiteren Ende zu führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Minister. Sie haben für die Landesregierung gesprochen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Wir kommen dann zur Überweisung, da es sich um die erste Beratung gehandelt hat. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Somit ist so beschlossen.

Wir nähern uns dem Ende unserer heutigen Plenarsitzung. Bevor ich Ihnen noch ein paar Hinweise gebe, darf ich auf der Tribüne den ehemaligen Landtagsvizepräsidenten und Europaabgeordneten Jürgen Creutzmann willkommen heißen. Lieber Herr Creutzmann, schön, dass Sie heute zeitweise der Plenardebatte beigewohnt haben!

(Beifall im Hause)

Am Beginn der Plenarsitzung hat unser Präsident zu einem gemeinsamen Foto aller weiblichen Abgeordneten eingeladen. Es hat sich herausgestellt, dass die Terminierung wohl etwas kurzfristig war. Die Fotoaufnahme entfällt

heute. Sie wird neu terminiert und Ihnen frühzeitiger bekanntgegeben.

Zum Dritten darf ich Sie noch einmal darauf hinweisen, dass der Präsident für heute Abend um 19:00 Uhr zu einem Parlamentarischen Abend in das Forum des Landesmuseums hier in Mainz aus Anlass des Wechsel von der 16. zur 17. Wahlperiode eingeladen hat. Er wird dort die ausgeschiedenen Abgeordneten verabschieden. Es wäre schön, wenn möglichst viele aktive Kolleginnen und Kollegen diesem Parlamentarischen Abend beiwohnen würden.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich lade Sie ein für morgen früh um 09:30 Uhr zur 5. Plenarsitzung des Landtags. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17:03 Uhr